

deutsche pfadfinderschaft sankt georg



»» Protokoll 71. Bundesversammlung

vom 1. bis 4. Mai 2008
auf Burg Feuerstein in Ebermannstadt, Diözese Bamberg



Inhaltsverzeichnis

1. Eröffnung der Bundesversammlung Regularien.....	3
<i>Beschlussfähigkeit</i>	3
<i>Regularien</i>	3
<i>Tagesordnung</i>	3
<i>Protokoll der 70. Bundesversammlung in Münster</i>	3
<i>Protokoll der 71. Bundesversammlung auf Burg Feuerstein (Ebermannstadt)</i>	3
2. Entgegennahme des Berichtes der Bundesleitung.....	3
1. Altersstufen und Facharbeitskreise.....	3
1.1. <i>Wölflingsstufe</i>	3
1.2. <i>Jungpfadfinderstufe</i>	4
1.3. <i>Pfadfinderstufe</i>	4
1.4. <i>Roverstufe</i>	4
1.5. <i>Behindertenarbeit</i>	5
1.6. <i>Internationale Gerechtigkeit</i>	5
1.7. <i>Ökologie</i>	5
2. Internationales.....	6
3. Ausbildung.....	7
4. Bericht des Bundesvorstand.....	7
4.1. <i>Bundesvorstand - Personelles</i>	7
4.3. <i>Inhaltliche Schwerpunkte</i>	7
4.3.4. <i>Aktiv gegen sexualisierte Gewalt</i>	7
4.4. <i>Aktionen</i>	8
4.4.3. <i>Katholikentag Osnabrück</i>	8
4.5. <i>Kommunikation</i>	8
4.6.1. <i>Kirchenpolitik</i>	8
4.6.2. <i>Jugendpolitik</i>	9
4.7.4. <i>Bundeszentrum Westernohe</i>	9
4.7.5. <i>Mitgliederservice</i>	9
4.7.6. <i>Rüsthaus</i>	9
4.9. <i>Politische Beschlüsse der Bundesversammlung und des Hauptausschusses</i>	9
3. Bericht des Vorstandes des Bundesamt Sankt Georg e.V.	10
4. Bericht des Vorstandes der Stiftung Deutsche Pfadfinderschaft Sankt Georg.....	10
5. Bericht des Vorstandes der Freunde und Förderer der DPSG e.V.....	11
6. Studienteil.....	11
7. Wahlen.....	12
8. Anträge.....	14
Antrag 1 (hier 1. Änderungsantrag): Satzungsänderung Ziffern 56, 76, 98.....	14
Antrag 2 (hier Änderungsantrag): Aufnahme des erweiterten Vorstandes in die Satzung.....	14
Antrag 3 (hier Änderungsantrag): Satzungsänderung – Ziffer 7 Gliederung.....	14
Antrag 4: Anerkennung der Gemeinnützigkeit von Gliederungen der DPSG.....	14
Antrag 5 (hier die Änderungen A und B): Beitragsrückerstattung.....	15
Antrag 6: Erstellung einer Vorlage zum Nachweis der in der Woodbadgeausbildung vermittelten Kompetenzen.....	15
Antrag 7: Schaffung eines Ausbildungssiegels für die Stämme der DPSG.....	15
Antrag 8: Berufungsverfahren und –voraussetzungen von Woodbadge-Teamerinnen und -Teamern.....	16
Antrag 9: Thesenpapier Mitbestimmung.....	16
Antrag 10: Konzept Politisches Handeln.....	16
Antrag 11 (hier Änderung): Schwerpunkt Bildungsgerechtigkeit.....	16
Antrag 12: Verbesserung der Materialqualität der Woodbadgesätze im Rüsthaus.....	17
Antrag 13: Bundesversammlung 2010.....	17
Antrag 14: Überarbeitung und Fortentwicklung der Namentlichen Mitgliedermeldung (NaMi).....	17
Antrag 15: Kirchenpolitische Positionierung.....	17
Initiativantrag 1: Thesenpapier Mitbestimmung.....	17
Initiativantrag 2 (hier Änderungsantrag): Erstellung von Konzepten zur Anpassung der Kosten bei Bundesunternehmungen.....	18
Initiativantrag 3: Coca-Cola Boykott.....	18
Initiativantrag 4: Durchführung einer bundesweiten Ausbildungstagung.....	18
Initiativantrag 5 (hier Änderung): Weiteres Vorgehen zum Thema „Kritischer Konsum“.....	18
Initiativantrag 6: Jahresaktion 2009.....	18
Initiativantrag 7: Amtszeit der Bundesvorsitzenden Ute Theisen.....	19
Initiativantrag 9: Einrichtung einer Projektstelle Ost zur Aufbauarbeit von Pfadfindergruppen.....	19
Initiativantrag 10: Zusätzliche Bundesversammlung im Jahr 2008.....	19
Initiativantrag 11: Übernahme von Leitungsfunktionen.....	19
9. Auswertung und Ende der Versammlung.....	20

1. Eröffnung der Bundesversammlung | Regularien

Die Bundesvorsitzende Ute Theisen eröffnet die 71. Bundesversammlung auf Burg Feuerstein (Ebermannstadt) im Diözesanverband Bamberg

Beschlussfähigkeit

74 von 90 stimmberechtigte Mitglieder sind bei der Eröffnung anwesend, die Versammlung ist beschlussfähig.

Regularien

Der Bundesvorstand schlägt Michael Kroll als Moderator der Bundesversammlung 2008 vor. Aus der Versammlung ergibt sich kein Widerspruch.

Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde mit der Einladung am 13. Februar 2008 satzungsgemäß versandt. Der zugehörige Zeitplan liegt als Tischvorlage aus.

Die Initiativanträge 1, 2 und 3 werden mit der notwendigen Mehrheit aufgenommen.

Die Tagesordnung wird mit der Ergänzung unter Top 7 „Wahlen: Entsendung in den Stiftungsvorstand“ einstimmig angenommen.

Protokoll der 70. Bundesversammlung in Münster

Das Protokoll der 70. Bundesversammlung wurde am 27. Juli 2007 an alle Versammlungsmitglieder gemäß der GO/Satzung? Versendet. Innerhalb der gesetzten Frist von vier Wochen gingen keine Einsprüche ein. Das Protokoll gilt als genehmigt.

Protokoll der 71. Bundesversammlung auf Burg Feuerstein (Ebermannstadt)

Für die Protokollführung ist in diesem Jahr der Diözesanverband Paderborn zuständig. Als Protokollantinnen/Protokollanten werden die hauptberuflichen Referentinnen/Referenten unter Leitung von Michael Scholl vorgeschlagen und durch die Versammlung bestätigt.

2. Entgegennahme des Berichtes der Bundesleitung

Michael Teubner (Diözesanvorsitzender Aachen) bittet darum, alle Versamlungsunterlagen künftig wieder an die Diözesanbüros zu senden.

Ute Theisen (Bundesvorsitzende) entschuldigt sich für das Versehen und sagt den Versand künftig zu.

Tanja Leicht (Diözesanvorsitzende Rottenburg-Stuttgart) kritisiert, dass der Versand und damit der Bericht sehr spät vorgelegen haben.

1. Altersstufen und Facharbeitskreise

1.1. Wölflingsstufe

Katrin Kaufmann (Bundesreferentin Wölflingsstufe) ergänzt, dass vermutlich das Projekt W³ Wölflinge wollen's wissen nicht abgeschlossen werde; Die Bundesstufenkonferenz werde im Herbst über einen entsprechenden Vorschlag beraten. Ferner regt sie an, dass die Vorstände ebenso wie die Diözesanreferentinnen und –referenten das DAK-BAK-Forum nutzen sollten.

Für die Delegierten der Wölflingsstufe verliest Hiltrud Beckenkamp eine Erklärung (siehe Anhang). Darin kritisiert sie im Auftrag der Bundesstufenkonferenz das Agieren des Bundesvorstandes bei der Platzwahl zur MEUTerei. Sie äußerte den Wunsch nach einem sensibleren Umgang mit den Wünschen der Stufe.

Guido Hügen OSB (Bundeskurat) dankt für die Rückmeldung und stellt klar, dass der Vorstand auf Wunsch der Stufenleitung die Entscheidung getroffen hat.

Hendrik Werbik (Diözesanvorsitzender Münster) kritisiert die fehlende Bewertung der grundsätzlichen Situation in der Stufe.

1.2. Jungpfadfinderstufe

Anja Gockenbach (Bundesreferentin Jungpfadfinderstufe) korrigiert einen Schreibfehler auf Seite 10: Abenteuer Glaube war 2007 Thema, nicht 2008. Sie betont, dass sie eine komplette Stufenleitung anstrebe. Sie stehe als Bundesreferentin noch einmal zur Verfügung. In Sachen Leitungshandbuch sagt Anja Gockenbach, dass die Schreibearbeit zu 80 Prozent abgeschlossen sei. Sie entschuldigt sich dafür, dass anders als versprochen das Handbuch noch nicht vorliege. Sie kündigt an, dass es in diesem Jahr einen Adventskalender zu ökologischen Weihnachten für die Mitglieder der Stufe gebe. Sie bittet darum, den Bedarf zur Teamer-Ausbildung „BlueTrainer“ zu melden, ebenso bittet sie um Rückmeldungen zum Stufenteil im Magazin.

Tanja Leicht (Diözesanvorsitzende Rottenburg-Stuttgart) kritisiert, dass sie nicht jeden Stufenteil erhalte. Sie fordert, das Leitungshandbuch solle fertig werden, das sei wichtiger als Merchandising-Artikel für die Stufe.

Guido Hügen OSB (Bundeskurat) weist darauf hin, dass die Stufenteile des Magazin von der Homepage www.dpsg.de geladen werden können.

Anja Gockenbach (Bundesreferentin Jungpfadfinderstufe) erklärt, dass eine AG das Handbuch schreiben sollte, dann aber Autoren abgesprungen seien.

Stefanie Beykirch (Diözesanvorsitzende Erfurt) übt Kritik an den Mädchen- und Jungenseiten im Stufenteil des Magazins.

Anja Gockenbach (Bundesreferentin Jungpfadfinderstufe) sagt, dass künftig nicht nur Klischees auf dieser Seite Platz finden.

Stefan Mühl (Diözesankurat Speyer) fragt nach, warum ein Forum der Stufe im Rahmen von Scouting 100 „wegen Ernsthaftigkeit“ ausfallen musste und bittet um Erklärung.

Anja Gockenbach (Bundesreferentin Jungpfadfinderstufe) erklärt, dass sie die Anregungen der Kongressleitung zu einem Spontantheater als Vorschlag wahrgenommen habe. Die Stufe habe aber eine andere Idee verfolgt. Das Gegensteuern der Kongressleitung sei zu kurzfristig gewesen, um das Konzept zu ändern. Das Missverständnis sei geklärt worden.

1.3. Pfadfinderstufe

Gerald Goebel (Bundesreferent Pfadfinderstufe) weist auf das Postkarten-Set zur „Wagt es“-Orientierung hin, das im Bundesamt bestellt werden könne. Er dankt dem Pfadfindertrupp aus dem Diözesanverband Münster für die Hilfe bei der Herstellung der Karten. Er berichtet vom Erfolg des Anstifterwochenendes, das Kontakte zur allevitischen Jugend und zu deutsch-russische Jugend möglich machte. Das Thema Interkulturelles Lernen sei ein spannendes Feld für das Bundesunternehmen 2010, betonte er.

Lars Hittinger (Diözesanvorsitzender Rottenburg-Stuttgart) fragt nach, wie die Ordnung im geplanten Bundesunternehmen vorkomme, wo derzeit auf Interkulturelles Lernen gesetzt werden.

Gerald Goebel (Bundesreferent Pfadfinderstufe) erklärt, dass Interkulturelles Lernen eine Querschnittsaufgabe in der Ordnung sei. Außerdem stelle sich die Stufe einer aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung.

Manuel Rottmann (Diözesanvorsitzender Essen) ist überrascht wegen des Termins zum Stufenunternehmen 2010. Er weist darauf hin, dass die Veranstaltung MoveTo10 in Essen ebenfalls Interkulturelles Lernen in dem Mittelpunkt rückt.

Gerald Goebel (Bundesreferent Pfadfinderstufe) erläutert, es sei Wunsch der Bundesstufenkonferenz gewesen, den Termin auf 2010 zu verschieben. Er kann sich eine Zusammenarbeit mit dem Diözesanverband Essen sehr gut vorstellen.

1.4. Roverstufe

Sibylle Schönert (Bundesreferentin Roverstufe) und Adrian Schaffrath (Bundesreferent Roverstufe) berichten, dass 1300 Anmeldungen aus 150 Stämmen und 24 Diözesanverbänden für das Bundesunternehmen rbu08 vorliegen, Helfende nicht mitgerechnet. Schirmherr der Veranstaltung sein Bundesarbeitsminister Olaf Scholz. Die Stufenleitung ist zuversichtlich, 101 Projekte als Gegenleistung zu Ausbildungsplätzen auf die Beine zu stellen. Neben großen Unternehmen seine auch die Deutsche Kreditbank und die Pax-Bank Partner. Mit weiteren Firmen stehe man in Kontakt. An einem Videocontest zu rbu08 haben sechs Runden teilgenommen

Marcel Marquardt (Diözesanvorsitzender Mainz) fragt, ob die Konzepte für das Teamer-Training in der Stufe stimmen. Er will auch wissen, ob die Verantwortung für Vorstände-Kurse laut Konzept sinnvoll sein. Zudem fordert er die Präsenz der Stufe auf der Ausbildungstagung „Gaudete“.

Adrian Schaffrath (Bundesreferent Roverstufe) sichert zu, die Situation beim Teamer-Training im Blick zu haben, der Bedarf werde regelmäßig abgefragt, sei aber aktuell nicht vorhanden. Eine Evaluation zu Gaudete war geplant, es

lagen aber keine Anmeldungen aus der Stufe vor. Zu Vorstandskursen sagt er, dass sie im Blick seien, aber auch hier derzeit kein Handlungsbedarf bestehe.

Guido Hügen OSB (Bundeskurat) weist darauf hin, dass es noch keine näheren Absprachen zu Vorstände-Kursen gebe. Der Bundesvorstand sei aber verantwortlich - in Absprache mit der Roverstufe, stellt er klar.

1.5. Behindertenarbeit

Norbert Onkelbach (Bundesfachreferent Behindertenarbeit) berichtet, dass in 7 von 25 Diözesanverbänden ein Facharbeitskreis Behindertenarbeit existiere. Er freue sich über den neuen Arbeitskreis in Passau. Im Frühjahr 2008 gab es ein Treffen mit Fachleuten der Scouts et Guides de France (SGDF), der Bundesarbeitskreis beteiligte sich während des Besuches an einer Demonstration für Rechte von Menschen mit Behinderung. Es gab zudem Gespräche mit dem Weltverband. Konzeptionell dürfe die DPSG stolz sein mit dem Stand der Behindertenarbeit. Er erklärte, die DPSG müsse nun mehr ins Handeln kommen, diese Gelegenheit gebe es bei der Jahresaktion 2009. Er bekräftigte, eine Zusammenarbeit mit Diözesanverbänden sei dem Bundesarbeitskreis wichtig, gerne mache dieser Angebote in den Diözesanverbänden.

Alexander Dannenberg (Diözesanvorsitzender Berlin) ist verwundert, dass es Gespräche während scouting100 mit Interessierten aus dem Diözesanverband Berlin gegeben habe.

Norbert Onkelbach (Bundesfachreferent Behindertenarbeit) räumt ein, das sei wohl ein Missverständnis.

Caroline Maier (Diözesanvorsitzende Passau) dankt für die Unterstützung und Motivation bei der Gründung des Diözesanarbeitskreises in Passau.

1.6. Internationale Gerechtigkeit

Sebastian Friese (Bundesfachreferent Internationale Gerechtigkeit) berichtet vom personellen Umbruch, es gebe zwei neue Mitglieder und zwei Schnuppermitglieder. Die Schwierigkeiten beim Kira-Rwanda-Projekt seien bald überwunden, die Jahresaktion 2010 werde zusammen mit den Pfadfindern in Bolivien veranstaltet. Das Thema „kritischer Konsum“ bringe der Bundesarbeitskreis in die Bundesunternehmen ein. Die Partnerschaft mit Benin soll künftig vertieft werden. Er stellt zwei konkrete Fragen: Haben Diözesanverbände Kontakte nach Benin? Welche Unterstützung brauchen die Diözesanverbände aus dem Fachbereich?

Matthias May (Diözesanvorsitzender Speyer) fragt nach, warum das Rheinland-Pfalz-Büro alles in Sachen Ruanda prüfe?

Sebastian Friese (Bundesfachreferent Internationale Gerechtigkeit) erklärt, das Büro sei in Ruanda aktiv, dort arbeiten Profis in der Entwicklungshilfe vor Ort, ohne die ein Projekt vor Ort nicht möglich sei.

Sabine Eberle (Diözesanvorsitzende Mainz) erklärt, es gebe keine Kontakte nach Benin. Sie sieht einen guten Ansatz, Leute zu gewinnen durch konkrete Ansprechpartner und die Homepage des Fachbereiches. In Mainz fehlen aber Leute für den Fachbereich.

Sebastian Friese (Bundesfachreferent Internationale Gerechtigkeit) weist darauf hin, dass über kirchliche Strukturen, evtl. durch Freiwilligendienste, Leute gewonnen werden könnten.

Ute Theisen (Bundesvorsitzende) erläutert, mit dem Internationalen Freiwilligendienst „weltwärts“ sei die DPSG durch einen Verbandler in Südafrika vertreten - derzeit ist die DPSG damit der einzige katholische Verband im Dienst. Im Juni 2008 werde eine zweite Freiwillige nach Südafrika entsandt. Die Bundesebene könne Unterstützung leisten, wenn Diözesanverbände Leute entsenden wollen. Es sein eine Chance, dort aktiv zu werden. Rund 200 konkrete Anfragen sind bereits bei der DPSG eingegangen.

1.7. Ökologie

Tobias Miltenberger (Bundesvorsitzender) lädt ein, die Öko-Ecke im Versammlungsraum mit Beispielen aus den Diözesanverbänden zu füllen. Außerdem bittet er um Rückmeldung durch die ausgeteilten Fragebogen.

Philip Huber (Diözesanvorsitzender München-Freising) sagt, in München-Freising werden derzeit alle Fachbereiche von einer hauptberuflichen Referentin begleitet oder aufgebaut, bis Sommer gebe es voraussichtlich einen Arbeitskreis. Er lobt den Internet-Auftritt zur Jahresaktion.

Thomas Weber (Diözesanvorsitzender Köln) vermisst eine Arbeitshilfe zur Jahresaktion. Er appelliert, die Jahresaktionsgruppe besser einzubinden. Außerdem fordert er eine bessere Vernetzung mit den Stufen. Konkret fragt er nach Kontakten nach Rumänien?

Tobias Miltenberger (Bundesvorsitzender) erklärt, es gebe derzeit keine Rückmeldung aus Rumänien, trotz diverser Kontaktversuche.

Tanja Leicht (Diözesanvorsitzende Rottenburg-Stuttgart) kritisiert, ein Bezirk habe trotz Anfrage keine Hilfe erhalten.

Tobias Miltenberger (Bundesvorsitzender) stellt klar, er habe die Rückmeldung persönlich gegeben. Er habe auf eine mögliche Unterstützung in der Diözesanstelle und Diözesanleitung hingewiesen.

Tobias Miltenberger (Bundesvorsitzender) und Andreas Bierod (hauptberuflicher Referent der Bundesleitung) sagen zu, eine Zusammenfassung der Rückmeldungen während der Bundesversammlung zu erstellen. Auf eine Rückfrage zum Bundeskressspreis sagen sie zu, bis zum Jahresende die Gewinner zu küren.

2. Internationales

Siegfried Riediger (Auslandsbeauftragter) berichtete von einer starken Beteiligung der DPSG beim Jamboree. Eingeführt worden seien die Interdates als Veranstaltung für International Interessierte: Es kommen aber immer nur die Gleichen, deswegen funktioniere das Konzept nicht so gut. Angebote im deutsch-französischen fänden großen Anklang. Siegfried Riediger führt aus, dass die DPSG auf Internationaler Ebene an Einfluss gewinne. Umso mehr herrsche Ratlosigkeit, wie die Internationale Arbeit bis an die Basis zu bringen sei. Eine große Masse fahre zwar ins Ausland, mache aber dort stark auf Tourismus. Ideen, das zu ändern, seien willkommen. Wenn Mitglieder Internationale Begegnung nicht als Kinder oder Jugendliche erleben, werden sie später das Feld nicht beackern, glaubt er.

Stefan Mühl (Diözesankurat Speyer) fragt nach der WOSM-Krise und dem Rücktritt von Generalsekretär Eduardo Missoni. Ihn interessieren auch Lösungsansätze.

Siegfried Riediger (Auslandsbeauftragter) erklärt zur WOSM-Krise, das Weltkomitee sei schwach aufgestellt, Eduardo Missoni habe versucht, die Leitungsschwäche auszugleichen. Eine Mehrheit glaubte, dass ihm das nicht zustehe. Zudem seien ihm einige Missgeschicke unterlaufen. Die US-Boyscouts und die Schweden stellten deswegen gemeinsam mit der Weltpfadfinderstiftung (WSF) die Zahlungen ein, das Komitee war mit der Krise überfordert. Siegfried Riediger gab einen Ausblick auf die anstehende Weltkonferenz. Die DPSG werde gemeinsam mit dem Ring in Korea versuchen, mehr Demokratie und Transparenz in den Weltverband zu tragen.

Hendrik Werbick (Diözesanvorsitzender Münster) stellt fest, dass die deutsch-französische Partnerschaft nur auf der Nationalebene präsent sei. Er will wissen, ob es Ideen gebe, das zu verändern.

Boris Zimmermann (hauptberuflicher Referent Internationales) sagt, die Partnerschaft mit Frankreich bestehe seit 61 Jahren und habe ihre Berechtigung. Kompetenzen seien aufgebaut worden. Es werde weiter versucht, diese Partnerschaft fruchtbar zu machen. Derzeit lebe die Zusammenarbeit wieder stark auf, das führe durch zahlreiche Teilnehmende an bundeszentralen Maßnahmen letztlich auch zu Begegnungen direkt in den Stämmen.

Tobias Then (Diözesanvorsitzender Fulda) fragt nach Plänen für andere Partnerschaften, zum Beispiel im Osten? Siegfried Riediger (Auslandsbeauftragter) erklärt, es gebe besondere Beziehung zu einigen Ländern: Spanien (MSC) etwa mit wenig Resonanz im Verband. Beziehungen mit Osteuropa gebe es vor allem durch die ICCS, da wachse ein gutes Netzwerk. Gute Kontakt gebe es auch mit Nahost, dort werde aktuell eine Art Woodbadgekurs für die katholischen Pfadfinder Syriens, Israels, Palästinas und Jordaniens vorbereitet – durch ein Team mit DPSGlern. Weitere Partnerschaften machten nur Sinn, wenn sie geerdet seien, es gebe Kooperationen mit Eurotransit (Osteuropa) und NanguThina (Südafrika).

Klaus Meiser (Diözesanvorsitzender Hildesheim) fragt nach, inwiefern der Einfluss der DPSG zunehme.

Siegfried Riediger (Auslandsbeauftragter) erläutert, die DPSG habe eine Position aufgebaut und stehe im guten Dialog mit WOSM. Der Ring deutscher Pfadfinderverbände sei der zweitstärkste Verband in Europa und Nummer zehn auf Weltebene. Er machte deutlich, dass sich der RdP nicht verstecken müsse.

Guido Hügen OSB (Bundeskurat) berichtet über eine ICCS Regionaltagung Mitteleuropa. Die zentrale Frage sei gewesen, wie Jugendpastoral aussehen kann. Gerry Glynn als Europasekretär der ICCS habe einen guten Blick auf die nordeuropäischen und osteuropäischen Länder. Ein Pastorseminar mit vielen Teilnehmenden wurde veranstaltet, inzwischen arbeiten die osteuropäischen Länder selbstständig.

Olaf Nietsch (Delegierter Pfadfinderstufe) fragt nach möglichen Strukturen für Internationale Arbeit in den Diözesanverbänden.

Siegfried Riediger (Auslandsbeauftragter) zweifelt, ob das eine Lösung sei. Das Personal in anderen Fachbereichen sei schon nicht groß. Der Internationale Arbeitskreis setze stärker auf Vernetzung und Nutzung Veranstaltungen, die ohnehin gemacht werden.

3. Ausbildung

Guido Hügen OSB (Bundeskurat) teilt mit, Daniela Kuchenbauer arbeite auf eigenen Wunsch nicht länger in der AG Ausbildung mit.

Bernhard Ludwig (Diözesanvorsitzender Augsburg) stellt fest, die Vorständeausbildung werde nicht mehr explizit genannt. Er äußert den Wunsch, dass es dazu bald ein Angebot gebe.

Sabine Kraus (Delegierte Roverstufe) fordert, keine stufenübergreifenden Woodbadgekurse anzubieten.

Guido Hügen OSB (Bundeskurat) erklärt, es gebe keine konkreten Pläne zu stufenübergreifenden Kursen. Es sei auch nicht daran gedacht, komplette Kooperationen bei Kursen anzubieten, vielleicht aber Teile der Ausbildung gemeinsam anzubieten.

Benjamin Beckmann (Ersatzdelegierter Wölflingsstufe) weist darauf hin, dass der Gaudete-Absatz nach einer negativen Bewertung klinge.

Guido Hügen OSB (Bundeskurat) stellt klar, das sei nicht bewertend gemeint.

Manuel Rottmann (Diözesanvorsitzender Essen) regt an darauf zu schauen, wie Themen für Vorständeseminar und Hauptberuflichen-Seminar gewählt werden. Es sei nicht transparent, wie Themen gewählt werden. Die Veranstalter müssten stärker fragen, was konkret gebraucht werde.

Guido Hügen OSB (Bundeskurat) entgegnet, Themenwünsche seien abgefragt und deswegen ausgewählt worden.

Francesco Benini (Diözesankurat Eichstätt) fragt nach Teilnehmendenzahlen bei der Kuratenfortbildung. Und er will wissen, ob sie weiter im großen Rahmen geplant seien.

Guido Hügen OSB (Bundeskurat) betont, die Fortbildung sei wichtig. Die große Teilnehmendenzahl sei beim letzten Mal problematisch gewesen. Es müsse geprüft werden, ob die Form stimme.

4. Bericht des Bundesvorstand

4.1. Bundesvorstand - Personelles

Tobias Miltenberger (Bundesvorsitzender) gibt eine persönliche Erklärung zu seinem Rücktritt ab (siehe Anhang).

Guido Hügen OSB (Bundeskurat) sagt, der Rücktritt habe natürlich den Vorstand beschäftigt. Man wolle bewusst mit einem neuen Bundesvorstand an Themen herangehen, die teilweise nicht verfolgt wurden. Er macht deutlich, dass Strukturen und Gremien viel Energie verbrauchen und stellt die Fragen: Welche Kultur prägt ein Amt? Wo erfahren wir Anerkennung? Wo setzen wir Grenzen? Diese Fragen seien letztlich für alle Vorstandsämter zu klären. Manuel Rottmann (Diözesanvorsitzender Essen) fordert, der Knackpunkt zwischen hauptamtlichem und ehrenamtlichem Vorstand müsse geklärt werden. Es sei wichtig, Rahmenbedingungen zu klären. Die Frage: Wie ist es möglich, Ämter auszuführen?

Sabine Eberle (Diözesanvorsitzende Mainz) meldet zurück, die Diözesanvorstände bekämen mit, was der Bundesvorstand leiste. Das Thema der Struktur sei wichtig.

Ute Theisen (Bundesvorsitzende) regt an, in einem gezielten Prozess die Strukturen und Einrichtungen zu überprüfen. Inhaltliche Dinge würden dann aber erstmal nicht im Mittelpunkt stehen. Wenn aber kein klarer Auftrag erteilt werde, fahre der Vorstand in seinem eingeschlagenen Weg fort, die Strukturen in der laufenden Arbeit zu verändern.

Lars Hofnagel (Diözesankurat Paderborn) sagt, der Vorstand solle weiter machen wie bisher. Es sein ein guter Blick, den der Vorstand auf seine Arbeit habe.

4.3. Inhaltliche Schwerpunkte

Guido Hügen OSB (Bundeskurat) berichtet, die Deutsche Bischofskonferenz habe bei ihrem Studientag in 2007 die Jugendpastoral zum Thema gemacht, BDJ und DPSG konnten sich engagieren.

Sabine Eberle (Diözesanvorsitzende Mainz) fragt nach der Arbeit an der Sakramentenkatechese.

Guido Hügen OSB (Bundeskurat) antwortet, eine Arbeitshilfe auf Grundlage bestehender Papiere sei konkret geplant, aber noch nicht begonnen.

4.3.4. Aktiv gegen sexualisierte Gewalt

Philip Huber (Diözesanvorsitzender München-Freising) lobt das gute Seminar zum Thema Sexualisierte Gewalt, kritisiert die Arbeitshilfe als zu textlastig.

4.4. Aktionen

Ute Theisen (Bundesvorsitzende) dankt im Namen der Bundesleitung allen Verantwortlichen in den Diözesanverbänden, Stufen und Fachbereichen für das außergewöhnliche Engagement anlässlich des Jubiläums mit einer Postkarte vom Lager des Bundespräsidenten.

Manuel Rottmann (Diözesanvorsitzender Essen) wertet die gesamte Aktion als gelungen, kritisiert aber den Ablauf des Kongresses.

Thomas Weber (Diözesanvorsitzender Köln) kritisiert, beim Kongress habe es zu wenig Angebote gegeben.

Ute Theisen (Bundesvorsitzende) erklärt dazu, es sei schwer gewesen, das Angebot einzuschätzen und zu erstellen. Ein Grund sei dabei auch die Ring-Kooperation gewesen. Die AG Kongress im Projekt scouting100 habe das Defizit in ihrer Reflexion ebenfalls diskutiert.

Ute Theisen (Bundesvorsitzende) berichtet vom Wechsel in der Leitung des Ringes im Januar 2008, nun sei ein Zielfindungsprozess angestrebt: Wo wollen wir gemeinsam hin? Wie müssen Strukturen sich ggf. ändern? Welche gemeinsamen Aktionen gibt es? Das seien die Fragen. Konkret ist die Zusammenarbeit im Internationalen, außerdem gebe es eine gute Zusammenarbeit im jugendpolitischen Bereich – auch durch die Aktion.

Thomas Weber (Diözesanvorsitzender Köln) fragt nach den Plänen, die Kontakte zu Bundespräsident Köhler weiter zu nutzen. Und er fragt nach der Kooperation im Pressebereich.

Ute Theisen (Bundesvorsitzende) antwortet, der Kontakt zu Köhler wurde bereits und soll weiter genutzt werden.

Michael Scholl (Referent für Öffentlichkeitsarbeit) berichtet, die Zusammenarbeit der Ringverbände in der Öffentlichkeitsarbeit sei schon vor der Aktion gut gewesen und nun noch intensiver geworden.

Alexander Dannenberg (Diözesanvorsitzender Berlin), fragt nach dem Stand der Parlamentariergruppe?

Ute Theisen (Bundesvorsitzende) antwortet, in der Gruppe gehe es weiter, auch wenn sich bisher nur eine geringe Zahl von Abgeordneten mit Pfadfinderhintergrund gemeldet haben. Man stehe derzeit im Dialog, um ein nächstes Treffen der Gruppe zu planen.

4.4.3. Katholikentag Osnabrück

Guido Hügen OSB (Bundeskurat) dankt dem Diözesanverband Osnabrück für das Engagement beim Katholikentag.

Daniel Rehme (Diözesanverband Osnabrück) lädt alle herzlich nach Osnabrück ein.

4.5. Kommunikation

Thomas Weber (Diözesanvorsitzender Köln) bemerkt zum Magazin mittendrin: Es sei gut gewesen, das Format zu ändern. Die Richtung stimme, aber er wünsche sich einen weiteren Schritt: Eine Zeitung für alle mit allen Stufenteilen in einem Heft.

Die Versammlung unterstreicht diesen Vorschlag durch Zeigen der grünen Stimmungskarten.

Lars Hofnagel (Diözesankurat Paderborn) kritisiert den Titel mittendrin. Das klinge religionskatechetisch wie in den 60er Jahren. Er wünscht sich einen pfadfinderischen Titel.

Anja Gockenbach (Bundesreferentin Jungpfadfinderstufe) bittet nochmals um Rückmeldungen zu den Stufenteilen, vor allem für die Jungpfadfinderstufe

Philip Huber (Diözesanvorsitzender München-Freising) fragt nach den Plänen, das Magazin als Werbung gegenüber Dritten zu nutzen.

Guido Hügen OSB (Bundeskurat) erklärt, das sei ein Hintergedanke, es gebe aber noch keine Strategie.

Manuel Rottmann (Diözesanvorsitzender Essen) fragt nach der angekündigten Ergänzung zum Thema Fundraising?

Ute Theisen (Bundesvorsitzende) berichtet vom Strategiegespräch Fundraising zwischen den Freunden und Förderern, Stiftung, Mitgliederversammlung und Bundesvorstand: Konflikte und Missverständnisse seien nun geklärt, nun gehe es darum, Zukunft zu gestalten. Ergebnis des Gespräches ist ein Strategiepapier Fundraising, das ausgeteilt wird.

Ein Ziel sei, mit einer Fundraising-Agentur das Thema auf professionelle Beine zu stellen. Der Bundesverband wolle eine Stelle einrichten, die nur Fundraising macht für alle Beteiligten.

4.6.1. Kirchenpolitik

Judith Bung (Diözesanvorsitzende Essen) fragt nach der Öffnung des BDKJ.

Ute Theisen (Bundesvorsitzende) antwortet, das die Grundlage der BDKJ-Gründung, nämlich eine Bewegung der katholischen Jugend zu sein, auch für die Zukunft gut sei. Das bedeute, möglichst alle katholischen Kinder und Jugendlichen anzusprechen. Die DPSG habe keine Angst davor, wenn andere Gruppen sich organisieren. Es bleibe

also aktuell, über Strukturen im BDKJ sprechen. Das jetzige Ergebnis sei aus Sicht des Bundesvorstandes in Ordnung.

Andreas Mauritz (BDKJ-Präses) berichtet kurz von der Hauptversammlung. Dirk Tänzler wurde wiedergewählt. DPSG und BDKJ haben gemeinsam für die Bundesordnung gefochten. Ein Antrag zur chancengerechten Bildung mit einer Vision von Schule sei verabschiedet worden. Der Boykott von Coca Cola sei nicht aufgehoben worden, weil aktuelle Recherchen keinen Anlass geben, von den Forderungen abzuweichen. Es sei sogar eine Ausweitung auf andere multinationale Unternehmen diskutiert worden. Die Kampagne „Uns schickt der Himmel“ konnte nicht ausgewertet werden. Ein Logo wird erst 2009 beschlossen. Gemeinsam wurde 100 Jahre Jugendhaus Düsseldorf gefeiert.

Andreas Bierod (hauptberuflicher Referent der Bundesleitung) berichtet von missio als Partner, es gebe eine enge Zusammenarbeit bei Kampagnen. Entwickelt werde derzeit eine Jurte, in der Weltkirche erlebbar wird – global Spirit sei der bisherige Name. Außerdem laufe noch die Kampagne Schutzengel, bei der es nun darum geht, Medikamente günstig anzubieten. Die Kampagne heißt: Thandi darf nicht sterben!

Schätzungen von UNAIDS gehen davon aus, dass weltweit rund 2,3 Millionen Kinder mit HIV/Aids leben, der größte Teil in Afrika südlich der Sahara. Der afrikanische Name Thandi steht stellvertretend für die betroffenen Kinder. Viel zu wenige dieser Kinder erhalten eine adäquate medizinische Behandlung. So bekommen zurzeit lediglich bis zu 10 Prozent der Kinder moderne Arzneimittel im Rahmen der sogenannten hochaktiven antiretroviralen Therapie. Verfügbare Diagnosetests für Säuglinge und Kleinkinder sind für den Einsatz in armen Ländern zu teuer. Immer noch stehen zu wenig Medikamente in Zubereitungsformen zur Verfügung, die von Säuglingen und Kleinkindern eingenommen werden können.

Andreas Bierod weist deswegen auf eine Unterschriftenaktion während der Versammlung hin. Mehr zur Kampagne gibt es auch unter www.missio.de

4.6.2. Jugendpolitik

Ute Theisen (Bundesvorsitzende) berichtet, das Geld für das Tsunami-Projekt der Ringe gehe in ein Projekt der Salesianer Don Bosco nach Indien, die Übergabe ist nach Pfingsten geplant. Eine Information des Verbandes erfolgt dann über die Verbandsmedien.

4.7.4. Bundeszentrum Westernohe

Hendrik Werbick (Diözesanvorsitzender Münster) fragt nach einer geplanten Stelle im Bundeszentrum Westernohe? Guido Hügen OSB (Bundeskurat) erklärt, durch Krankheit der Zentrumsleiterin sei dieses Projekt derzeit ins Stocken geraten, wird aber in Kürze weiter verfolgt.

4.7.5. Mitgliederservice

Bernhard Ludwig (Diözesanvorsitzender Augsburg) wünscht einen kurzen Bericht zu den neuen Entwicklungen in NaMi.

Ute Theisen (Bundesvorsitzende) weist auf den ausführlichen Bericht des Bundesamt Sankt Georg e.V. hin, in dem NaMi Thema sei, da NaMi nicht als Politikum behandelt werde, sondern als Datenbank. In diesem Zusammenhang wurden auch fachkompetente Vertreter aus allen Regionen in die SITAG (Strategische IT-Arbeitsgruppe) berufen, die NaMi begleitet und weiter entwickelt.

4.7.6. Rüsthaus

Hendrik Werbick (Diözesanvorsitzender Münster) lobt den Webshop des Rüsthauses. Er fragt, zu welchem Preis das gute finanzielle Ergebnis erzielt werde und kritisiert, der Umfang der Waren sei zu groß.

Ute Theisen (Bundesvorsitzende) berichtet von einer Gruppe von Ehrenamtlichen und Bundesleitung, die über die Frage diskutiere: Was wollen wir mit dem Rüsthaus – Geld verdienen oder nur für den Verband produzieren? Derzeit werde der Mittelweg beschritten. Sie lädt ein, laufend Rückmeldung zu geben.

Thomas Weber (Diözesanvorsitzender Köln) kritisiert, viele Dinge im Sortiment stammten aus der Kategorie Unsinn. Er sei bereit, einen Fragebogen zum Rüsthaus in den Diözesanverband mitzunehmen.

4.9. Politische Beschlüsse der Bundesversammlung und des Hauptausschusses

Tobias Then (Diözesanvorsitzender Fulda) fragt, ob eine Mitgliederinitiative irgendwo im Verband gestartet worden sei.

Ute Theisen (Bundesvorsitzende) antwortet, es sein keine bekannt.

Sabine Eberle (Diözesanvorsitzende Mainz) kritisiert, der Antrag zum Ökostrom auf der letzten Bundesversammlung sei zurückgezogen worden, weil der Bundesvorstand versprochen habe, selbst initiativ zu werden. Aber nichts sei in Angriff genommen worden.

Guido Hügen OSB (Bundeskurat) berichtet, in Westernohe sei auf Ökostrom umgestellt worden.

Marco Gasparini (Bundesgeschäftsführer) erklärt, er sei dabei, einen Rahmenvertrag zu verhandeln. Durch den Wechsel in der Geschäftsführung sei das Projekt verzögert angelaufen.

Eric Condé (Diözesankurat Trier) und Ulrike Gerdiken übergeben als Mitglieder der AG Gender den Teilnehmenden Gender-Boxen und schildern kurz den Stand der Dinge aus der AG.

3. Bericht des Vorstandes des Bundesamt Sankt Georg e.V.

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit berät die Versammlung den Bericht des Bundesamt Sankt Georg e.V. und des Kuratoriums Westernohe.

Entlastung des Bundesvorstandes

Nach Herstellung der Öffentlichkeit wird der Bundesvorstand auf Antrag einstimmig entlastet.

4. Bericht des Vorstandes der Stiftung Deutsche Pfadfinderschaft Sankt Georg

Drucksache 9

Annette Ossegge und Alex Ferstl (beide Stiftungsvorstand) begrüßen Bernd Nowak, den ersten Landesfeldmeister der Diözesanverbandes Bamberg und dessen Gründer. Beide erläutern den Bericht der Stiftung und werben für den Stiftungseuro. Von der Versammlung wünschen sie ein Stimmungsbild.

Bernhard Ludwig (Diözesanvorsitzender Augsburg) spricht für den Stiftungseuro, das Mittel sei gut für Stiftung und Unterstiftungen.

Stefan Schötz (Diözesanvorsitzender Regensburg) meint, es sei gut, den Stiftungseuro über den Beitrag einzuziehen.

Thomas Weber (Diözesanvorsitzender Köln) sagt, es solle eher kein Stiftungseuro eingeführt werden. Den Euro als solchen finde er nicht interessant, andere Aktionen wie die Handy-Sammel-Aktion seien interessanter und förderten stärker die Bekanntheit der Stiftung.

Ute Theisen (Bundesvorsitzende) betont, die Mitglieder sorgten schon durch Mitgliedsbeiträge und ihr Engagement für die Nachhaltigkeit des Verbandes. Sie müssten nicht auch noch Geld für eine Stiftung geben. Dennoch müsse über den Stiftungseuro gesprochen werden.

Annette Ossegge (Stiftungsvorstand) sagt, der Euro diene der Identifikation mit den Stiftungen. Er sei aber auch nur ein Instrument unter vielen.

Matthias May (Diözesanvorsitzender Speyer) spricht sich gegen silberne und goldene Bordüren am Halstuch aus, die Kluft sei nicht dazu da, soziale Unterschiede zu zeigen.

Alex Ferstl (Stiftungsvorstand) erklärt, dieser Teil der Idee sei durch den Ringe-Ausschuss im März bereits abgelehnt worden.

Die Versammlung gibt ein Stimmungsbild zugunsten des Stiftungseuro.

Der Stiftungsvorstand sagt zu, das Konzept weiter zu verfolgen und 2009 konkrete Vorschläge zu unterbreiten. Den Bundesamt Sankt Georg e.V. bittet er um Unterstützung.

5. Bericht des Vorstandes der Freunde und Förderer der DPSG e.V.

Drucksache 10

Dr. Anton Markmiller und Gunhild Pfeifer ergänzen den Bericht. Eine Anfrage an Bundeskanzlerin Angela Merkel zur Schirmherrschaft für das Bundesunternehmen der Wölflingsstufe (MEUTErei) laufe. Für den Bau eines Cafés in Westernohe sei der Verein auf der Suche nach einem Großspender

Anja Gockenbach (Bundesreferentin Jungpfadfinderstufe) fragt Gunhild, warum sie die einzige Frau in Verantwortung bei den Freunden und Förderern sei.

Gunhild erläutert, dass Frauen zunächst eher als Ehefrauen in den Verein eingetreten sind. Sie sei eine der ersten Frauen gewesen, die aus einem Amt (Diözesanvorsitzende Berlin) aktiv geworden sei.

6. Studienteil

Der Studienteil unter dem Titel „Pfadfinden für alle“ beschäftigt sich mit dem demografischen Wandel und mit der Sinus-Milieu-Studie U27 von BDKJ und Misereor. Ergebnisse der Kleingruppenarbeit werden gesondert zur Verfügung gestellt.

7. Wahlen

Der Wahlausschuss berichtet von seiner Arbeit (Drucksache 3) und ergänzt mündlich, dass Ute Theisen von Bundeskurat Guido Hügen OSB vorgeschlagen wurde. Zum 24. April habe zudem Alexander Fischhold seine Kandidatur zurückgezogen.

Zum Bericht des Wahlausschusses besteht kein Beratungsbedarf.

Wahl zur Bundesvorsitzenden

Auf der Wahlliste steht Ute Theisen als Kandidatin. Auf Nachfrage wird keine weitere Kandidatin benannt. Die Wahlliste wird geschlossen.

Ute Theisen stellt sich der Versammlung vor.

Der Personalbefragung schließt sich eine Personaldebatte unter Ausschluss der Öffentlichkeit an.

Zum Zeitpunkt der Wahl sind 82 stimmberechtigte anwesend.

Wahlergebnis:

Ja: 72

Nein: 5

Enthaltungen: 5

Ute Theisen nimmt die Wahl an.

Wahl zum Bundesvorsitzenden

Auf der Wahlliste steht Tobias Then als Kandidat. Auf Nachfrage wird kein weiterer Kandidat benannt. Die Wahlliste wird geschlossen.

Tobias Then stellt sich der Versammlung vor.

Der Personalbefragung schließt sich eine Personaldebatte unter Ausschluss der Öffentlichkeit an.

Zum Zeitpunkt der Wahl sind 81 stimmberechtigte anwesend.

Wahlergebnis:

Ja: 41

Nein: 40

Enthaltungen: 0

Tobias Then nimmt die Wahl nicht an.

Wahlen zum Hauptausschuss

Sabine Eberle (Diözesanvorsitzende Mainz) für die Region Mitte: 76 Stimmen

Francesco Benini (Diözesankurat Eichstätt) für die Region Süd: 56 Stimmen

Klaus Meiser (Diözesanvorsitzender Hildesheim) für die Region Nord-Ost: 74 Stimmen

Hiltrud Beckenkamp (Delegierte Wölflingsstufe) für die Stufen: 74 Stimmen

Stellvertretung:

Stefanie Wecker (Diözesanvorsitzende München-Freising) für die Region Süd: 70 Stimmen

Juliane Pfeil (Delegierte Roverstufe) für die Stufen: 74 Stimmen

Wahlen zum Wahlausschuss

Olaf Nietsch übergibt sein Mandat an die Ersatzdelegierte Sarah Laczkowski und verlässt die Versammlung.

Judith Bung (Diözesanvorsitzende Essen) für die Region West: 66 Stimmen

Caro Maier (Diözesanvorsitzende Passau) für die Region Süd: 69 Stimmen

Anke Nietsch (Diözesanvorsitzende Berlin) für die Region Nord-Ost: 77 Stimmen

Andre Schönberger (Diözesanvorsitzender Limburg) für die Region Mitte: 73 Stimmen

Matthias Greve (Delegierter Wölflingsstufe) für die Stufen: 72 Stimmen

Stellvertretung:

Lars Hofnagel (Diözesankurat Paderborn) für die Region West:	76 Stimmen
Philip Huber (Diözesanvorsitzender München-Freising) für die Region Süd:	63 Stimmen
Susan Knitschke (Diözesanvorsitzende Osnabrück) für die Region Nord-Ost:	74 Stimmen
Sarah Laczkowski (Delegierte Pfadfinderstufe) für die Stufen:	74 Stimmen

Wahlen zum Bundesamt Sankt Georg e.V.

Claudia Landsiedel für die Region Mitte:	79 Stimmen
--	------------

Entsendung in den Stiftungsvorstand:

Es gab keine Kandidatin/keinen Kandidaten

Alle nehmen die Wahl an.

8. Anträge

Die Initiativanträge 5 (hier Änderung), 6, 7, 9, 10 und 11 werden in die Tagesordnung aufgenommen

Antrag 1 (hier 1. Änderungsantrag): Satzungsänderung Ziffern 56, 76, 98

Oliver Rothardt (Diözesanvorsitzender Freiburg) wirbt für die Antragsteller um die Annahme des Antrages.
Lars Hofnagel (Diözesankurat Paderborn) fordert, dass die Vorstände handlungsfähig bleiben müssen, auch an der Stufenleitung vorbei.

Der Antrag wird bei 26 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

Antrag 2 (hier Änderungsantrag): Aufnahme des erweiterten Vorstandes in die Satzung

Andre Schönberger (Diözesanvorsitzender Limburg) wirbt als Antragsteller, die Satzung der Realität anzupassen.
Philip Huber (Diözesanvorsitzender München-Freising) fragt, warum die Änderung nur für Bezirks- und Stammesebene gelten solle?

Andre Schönberger (Diözesanvorsitzender Limburg) erklärt, die Beschlussfähigkeit von Versammlungen dieser Ebenen soll gewährleistet werden.

Michael Teubner (Diözesanvorsitzender Aachen) fragt, für welchen Zeitraum die Vertretung gelte?

Andre Schönberger (Diözesanvorsitzender Limburg) antwortet, so lange jemand Mitglied des Gremiums sei.

Ute Theisen (Bundesvorsitzende) erklärt, die Änderungen in der Satzung müssten weiter gehen und auch die anderen Ebenen betreffen.

Markus Kögl (Delegierter Roverstufe) kritisiert das Demokratie-Verständnis im Antrag. Er fordert, Amt und Person müssten eins sein. Der Antrag löse Verbindlichkeit auf.

Andre Schönberger (Diözesanvorsitzender Limburg) betont, der Antrag solle niemanden aus der Verantwortung nehmen, vielmehr die Beschlussfähigkeit eines Gremiums ermöglichen

Ute Theisen (Bundesvorsitzende) weist darauf hin: Durch die Satzungsänderung im letzten Jahr regele könnten nicht nur die Vorstände, sondern Mitglieder der Leitung als beratende Mitglieder entsandt werden

Philip Huber (Diözesanvorsitzender München-Freising) fragt, ob dem Antrag aus formalen Gründen zugestimmt werden könne.

Ute Theisen (Bundesvorsitzende) betont, der Antrag in vorliegender Form habe keine Wirkung auf Bezirks-, Diözesan- oder Bundesversammlungen, weil die Auswirkungen auf die Zusammensetzung dieser Gremien nicht in der Satzung verändert werden.

Andre Schönberger (Diözesanvorsitzender Limburg) zieht den Antrag zurück.

Antrag 3 (hier Änderungsantrag): Satzungsänderung – Ziffer 7 Gliederung und Ziffer 132 Auflösung des Verbandes

Ute Theisen (Bundesvorsitzende) erläutert für die Antragsteller das Anliegen.

Alexander Dannenberg (Diözesanvorsitzender Berlin) fragt, ob BDkJ und rdp e.V. gemeinnützig im Sinne des Steuerrechts seien.

Ute Theisen (Bundesvorsitzende) bestätigt dies mit der Einschränkung „zum jetzigen Zeitpunkt“

Der Antrag wird einstimmig angenommen

Antrag 4: Anerkennung der Gemeinnützigkeit von Gliederungen der DPSG

Der Antrag wird als Folge des Antrages 3 einstimmig angenommen.

Antrag 5 (hier die Änderungen A und B): Beitragsrückerstattung

Die Antragsteller des Antrages A machen deutlich, dass sie eine gezielte Förderung der namentlich genannten Diözesanverbände wollen und keine allgemeine Förderung aller finanzschwachen Diözesanverbände. Sie plädieren für ein gesondertes Finanzierungsmodell.

Die Antragsteller des Antrages B wollen mit einem Sockelbetrag ein gerechtes Verteilen der Mittel für alle, die der Hilfe bedürfen, auch wenn es aktuell nur die drei genannten Diözesanverbände betrifft. Sie setzen dabei auf das etablierte Finanzierungsmodell.

Die Diskussion um eine gezielte Förderung oder eine generelle Absicherung aller Diözesanverbände (zur Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben) bringt keine Aussicht auf einen Kompromiss. Beide Seiten betonen allerdings, dass eine Förderung vor allem der östlichen Diözesanverbände notwendig sei.

Ein Antrag zur Geschäftsordnung wird nach formaler Gegenrede angenommen.

Antrag A erhält 35 Ja-Stimmen

Antrag B erhält 41 Ja-Stimmen

Antrag B ist damit angenommen, Antrag A abgelehnt

Ute Theisen (Bundesvorsitzende) betont, es sei in jedem Fall eine Entscheidung für die Unterstützung der ostdeutschen Diözesanverbände gefallen.

Antrag 6: Erstellung einer Vorlage zum Nachweis der in der Woodbadgeausbildung vermittelten Kompetenzen

Philip Huber (Diözesanvorsitzender München-Freising) betont für die Antragsteller, dass die Empfehlung die Kompetenz der DPSG-Ausbildung auch gegenüber Dritten kommuniziere.

Siegfried Riediger (Auslandsbeauftragter) regt an, das Schreiben der Sprache der Wirtschaft anzupassen.

Jörg Thon (Delegierter Pfadfinderstufe) ergänzt, es müsse auch international angepasst werden.

Sarah Laczkowski (Ersatzdelegierte Pfadfinderstufe) weist auf ein Portfolio des Europarates hin, das Grundlage für das Papier sein könnte.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Antrag 7: Schaffung eines Ausbildungssiegels für die Stämme der DPSG

Stefan Schötz (Diözesanvorsitzender Regensburg) nimmt für die Antragsteller Änderungen am Antragstext vor. Er bekräftigt, dass ein Verwaltungsaufwand vermieden werden müsse. Stämme sollten den Nachweis erbringen, in den Diözesanverbänden werde der Ausbildungsstand in einer Datenbanken erfasst. Auf Vorschlag der Diözesanvorstände könnte das Siegel ausgegeben werden.

Philip Huber (Diözesanvorsitzender München-Freising) sieht keine Notwendigkeit im Siegel. Das Woodbadge sei eine gute Basis, ein Siegel für die Modulausbildung brauche die DPSG nicht.

Sebastian Friese (Bundesfachreferent Internationale Gerechtigkeit) fragt nach der Wirkung des Siegels. Er sagt, das Woodbadge sei ein gutes Siegel für eine Person. Er fürchtet, es sei nicht zu kontrollieren, wann das Siegel missbraucht werde. Zudem bedeute ein Siegel die klare Botschaft, dass gut ausgebildet werde. Aus seiner Sicht steckt diese Botschaft hinter dem DPSG-Logo. Es brauche deswegen kein neues Siegel.

Lukas Glockner (Delegierter Wölflingsstufe) sagt, das beste Siegel sei ein Foto von Leiterinnen und Leitern mit Woodbadge auf der Stammeshomepage.

Kerstin Fuchs (AG Ausbildung) betont, die DPSG müsse mit ihrer Ausbildung und deren Qualität werben.

Stefan Schötz (Diözesanvorsitzender Regensburg) fürchtet, von der Idealsituation, dass jede/r ein Woodbadge trage, seien die Stämme unterschiedlich weit entfernt. Das Siegel sei eine Motivation.

Der Antrag wird mit 2 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Antrag 8: Berufungsverfahren und –voraussetzungen von Woodbadge-Teamerinnen und -Teamern

Marcel Marquardt (Diözesanvorsitzender Mainz) legt für die Antragsteller die Gründe dar. Er betont, dass die Antragsteller keine stufenübergreifenden Kurse anbieten wollen. Es gehe darum, dass Teamerinnen und Teamer auch in einer anderen Stufe Kurse teamen können, in der sie nicht die Ausbildung gemacht haben.

Anja Gockenbach (Bundesreferentin Jungpfadfinderstufe) bittet, den Bedarf für die Teamer-Ausbildung mitzuteilen.

Katrin Kaufmann (Bundesreferentin Wölflingsstufe) wünscht, dass in einem Team mehrheitlich in einer Stufe ausgebildete Teamer/innen einen Kurs leiten. Sie regt eine bundesweite Teamer/innen-Börse an.

Gerald Goebel (Bundesreferent Pfadfinderstufe) stellt klar, dass ein ausreichendes Ausbildungsangebot vorhanden war. Bisher gab es keine Rückmeldung zu Problemen. Er findet es nicht gut, das Teamer/innen-Training gegenseitig anzuerkennen. Eine Lösung liege eher in der Kooperation der Diözesanverbände innerhalb der jeweiligen Stufe.

Marcel Marquardt (Diözesanvorsitzender Mainz) bekräftigt, die Antragsteller hielten den Antrag aufrecht.

Lars Hittinger (Diözesanvorsitzender Rottenburg-Stuttgart) fragt, ob auch Kompetenzen, die außerhalb der DPSG erworben wurden, anerkannt werden.

Guido Hügen OSB (Bundeskurat) antwortet, dass die Kompetenzen anerkannt werden, aber jeder Fall individuell entschieden werde.

Der Antrag wird bei 32 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen mit 41 Ja-Stimmen angenommen.

Anja Gockenbach (Bundesreferentin Jungpfadfinderstufe) stellt fest, dass die Stufen als Experten für Ausbildung gegen den Antrag seien, die Vorstände aber mehrheitlich dafür gestimmt hätten.

Thomas Weber (Diözesanvorsitzender Köln) entgegnet, das nenne man Mitbestimmung.

Antrag 9: Thesenpapier Mitbestimmung

ist durch den Initiativantrag 1 hinfällig und wird zurückgezogen.

Antrag 10: Konzept Politisches Handeln

Gerald Goebel (Bundesreferent Pfadfinderstufe) erläutert für die Antragsteller das Anliegen des Antrages.

Es folgt eine Diskussion in Tischgruppen.

Kritik am Papier:

Es beginnt als Konzept und endet als Arbeitshilfe.

Zu viele Beispiele werden benannt.

Zu lang für Gruppenleiter/innen.

Kein roter Faden in Beispielen.

Solidarität und Gerechtigkeit noch definieren.

Lob am Papier:

Politik und Handeln wird definiert, fängt im Kleinen an.

Das Lesen fällt leicht durch weitgehend einfache Sprache.

Nach einer Textarbeit wird der Antrag bei 3 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Antrag 11 (hier Änderung): Schwerpunkt Bildungsgerechtigkeit

Katrin Kaufmann (Bundesreferentin Wölflingsstufe) erklärt, im Studienteil sei die Bedeutung von Bildung nochmals bekräftigt worden. Sie teilt mit, dass Philip Huber und Matthias Reiter in einer AG mitarbeiten würden. Es gelte zu klären, welche Skills die DPSG lehrt.

Nach Textänderungen wird der Antrag bei 2 Nein-Stimmen mehrheitlich angenommen.

Antrag 12: Verbesserung der Materialqualität der Woodbadgesätze im Rüsthaus

Stefanie Wecker (Diözesanvorsitzende München-Freising) gibt für die Antragsteller das Wort an Georg Kortmann (Abteilungsleiter Rüsthaus).

Georg Kortmann erläutert die Problemlage in Sachen Woodbadge-Tücher. Er regt an, weitere Tücher (aus England) in das Sortiment aufzunehmen und den Kunden die Entscheidung zu lassen. Zu den Woodbadge-Klötzchen sagt er, die stelle seit vielen Jahren eine Werkstatt für Menschen mit Behinderung her. Er stehe im Gespräch mit der Werkstatt, dort sei geplant, die alte Art der Fertigung wieder einzurichten.

Stefanie Wecker (Diözesanvorsitzende München) zieht den Antrag zurück.

Antrag 13: Bundesversammlung 2010

Manuel Rottmann (Diözesanvorsitzender Essen) lädt nach Essen ein und ändert den Termin im Antragstext.

Bei 1 Enthaltung wird der Antrag von der Mehrheit angenommen.

Antrag 14: Überarbeitung und Fortentwicklung der Namentlichen Mitgliedermeldung (NaMi)

wird vom Antragsteller zurückgezogen.

Antrag 15: Kirchenpolitische Positionierung

Guido Hügen OSB (Bundeskurat) wirbt für die Antragsteller um das Anliegen. Er berichtet, dass Weihbischof Dr. Ulrich Neymeyer den Antrag positiv sehe.

Francesco Benini (Diözesankurat Eichstätt) fragt nach, was mit dem Papier geplant sei.

Guido Hügen OSB (Bundeskurat) erklärt, die DPSG wolle es bewusst beim Katholikentag einbringen, anschließend werde es auf der Homepage des Verbandes publiziert und in die Jugendkommission der DBK gegeben.

Judith Bung (Diözesanvorsitzende Essen) fragt nach den Unterschieden in der Kurz- und Langfassung.

Guido Hügen OSB (Bundeskurat) stellt klar, dass die Langfassung gelte.

Alexander Dannenberg (Diözesanvorsitzender Berlin) wünscht eine Rückkehr zu den bildhaften Überschriften aus dem Papier zu den Kirchenbildern.

Ute Theisen (Bundsvorsitzende) macht deutlich, dass die Kirchenbilder intern erhalten bleiben. Das Papier sei kirchenpolitisch gedacht, da bedürfe es einer anderen Sprache. Es könne in Diözesanverbänden eingesetzt werden und Wirkung in Bistümern entfalten

Nach einer Textarbeit wird der Antrag bei 2 Enthaltungen von der Mehrheit angenommen.

Initiativantrag 1: Thesenpapier Mitbestimmung

Katrin Kaufmann (Bundesreferentin Wölflingsstufe) blickt kurz zurück auf die Entwicklung der Mitbestimmung. Sie unterstreicht für die Antragsteller, dass nun Grundlagen festgelegt und Ziele definiert werden sollen.

Ulrich Weighardt (Bundesreferent Wölflingsstufe) betont, es sei wichtig, eine Definition zu erstellen.

Anja Gockenbach (Bundesreferentin Jungpfadfinderstufe) fasst das Papier kurz zusammen.

Anke Nietsch (Diözesanvorsitzende Berlin) fragt, warum vor der Bundesversammlung nicht erst Pfadfinder- und Roverstufenkonferenz über das Papier beraten.

Gerald Goebel (Bundesreferent Pfadfinderstufe) antwortet, dass die Jugendstufen in die Beratung eingebunden waren.

Es gibt kleine Änderungswünsche am Text, die aufgenommen werden.
Ute Theisen (Bundesvorsitzende) betont, sie sei froh, dass die DPSG das Papier verabschiede.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Initiativantrag 2 (hier Änderungsantrag): Erstellung von Konzepten zur Anpassung der Kosten bei Bundesunternehmungen

Maxi Kattner (Diözesanvorsitzende Bamberg) betont für die Antragsteller, es gehe nicht um Misstrauen gegenüber der Bundesleitung. Es sollten aber Ideen und Konzepte entwickelt werden, wie Kalkulationen entstehen.
Sibylle Schönert (Bundesreferentin Roverstufe) kann dem Anliegen Wohlwollen entgegen bringen. Sie kritisiert, dass unerschwingliche die Meinung mitschwinge, das Bundesunternehmen zu teuer seien.
Karin Kaufmann (Bundesreferentin Wölflingsstufe) betont, es solle nie am Geld scheitern, dass Kinder beteiligt werden können. Sie wirbt dafür, spezielle Tarife anzubieten.

Bei einer 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung wird der Antrag mit Mehrheit angenommen.

Initiativantrag 3: Coca-Cola Boykott

wird von den Antragstellern zurückgezogen.

Initiativantrag 4: Durchführung einer bundesweiten Ausbildungstagung

Marcel Marquardt (Diözesanvorsitzender Mainz) betont für die Antragsteller, der Antrag enthalte bewusst eine Selbstverpflichtung.

Bei 1 Enthaltung wird der Antrag mit Mehrheit angenommen.

Initiativantrag 5 (hier Änderung): Weiteres Vorgehen zum Thema „Kritischer Konsum“

Thomas Weber (Diözesanvorsitzender Köln) sagt, mit dem gemeinsamen Antrag werde ein vernünftiger Weg eingeschlagen. Die DPSG sei ein mächtiger Konsument, allerdings sei eine Arbeitshilfe zum kritischen Konsum überfällig. Er bietet die Mitarbeit an.

Bei 3 Enthaltungen wird der Antrag von der Mehrheit angenommen.

Initiativantrag 6: Jahresaktion 2009

Norbert Onkelbach (Bundesfachreferent Behindertenarbeit) spricht für die Antragsteller. Es gehe mit der Jahresaktion darum, etwas mehr gelb in den Verband zu bringen! Ziel sei, auf Stammesebene Begegnung zu schaffen, die Schwerfälligkeit des Themas, Ängste und Befürchtungen aufzulösen. Caritas und Lebenshilfe seien gute Partner zur Begegnung, weil in vielen Orten vertreten sind. In Großlagern vor Ort will der Facharbeitskreis auftreten, mit einem gelben Truck auftauchen, vielleicht eine Band mit Menschen mit Behinderung mitbringen. Behindertenarbeit sei selbstverständlicher Teil der DPSG-Arbeit. Es sei nicht nötig, Schulungen anzubieten und Fachleute zu haben. Die Begegnung sei wichtig.

Thomas Weber (Diözesanvorsitzender Köln) fragt nach der Länge der Aktion.

Norbert Onkelbach (Bundesfachreferent Behindertenarbeit) sagt, sie sei auf ein Jahr angelegt, für 2010 gebe es Pläne des Facharbeitskreises Internationale Gerechtigkeit.

Philip Huber (Diözesanvorsitzender München-Freising) freut sich auf den Truck in München.

Christiane Fischer Hülsbusch (Diözesanvorsitzende Hildesheim) lädt die Jahresaktion ins Pfingstlager 2009 ein.

Thomas Weber (Diözesanvorsitzender Köln) fragt nach dem Spendenzweck.
Norbert Onkelbach (Bundesfachreferent Behindertenarbeit) räumt ein, der Spendenzweck sei nicht abschließend festgelegt, das Geld solle aber wegen eines engen Kontaktes in den Kongo gehen. Die Entscheidung zum Spendenzweck treffen Bundesleitung und Hauptausschuss.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Initiativantrag 7: Amtszeit der Bundesvorsitzenden Ute Theisen

Der Antrag wird bei 1 Enthaltung angenommen.

Initiativantrag 9: Einrichtung einer Projektstelle Ost zur Aufbauarbeit von Pfadfindergruppen

Anke Nietsch (Diözesanvorsitzende Berlin) spricht für die Antragsteller
Ute Theisen (Bundesvorsitzende) kritisiert das Vorgehen, über einen Initiativantrag eine Stelle einzurichten. Sie schlägt stattdessen vor, gemeinsam zu überlegen und zu analysieren. Die Bereitschaft des Bundesvorstandes zu Gesprächen sei vorhanden.
Anke Nietsch (Diözesanvorsitzende Berlin) weist darauf hin, dass eine Aufgabe der Stelle sei, eine Analyse zu machen
Harald Urbanek (Diözesanvorsitzender Magdeburg) betont, die ostdeutschen Diözesen brauchen jemanden, der die Analyse koordiniert.
Guido Hügen OSB (Bundeskurat) verweist darauf, dass es Ansätze zur Analyse geben, etwa durch das Projekt des Ringes. Gute Analysen waren bereits vorhanden. Er sieht es positiv, in der Region Nord-Ost Rahmenbedingungen zu klären und dann über eine Stelle oder weiteres Vorgehen zu beraten.
Stefanie Beykirch (Diözesanvorsitzende Erfurt) betont, es sei bereits Geld für eine einjährige Stellenfinanzierung vorhanden gewesen, aber die Ostdeutschen Diözesanverbände brauchen ein mittelfristiges Projekt.

Ein Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung wird einstimmig angenommen und einstimmig beschlossen.

Initiativantrag 10: Zusätzliche Bundesversammlung im Jahr 2008

Bei 1 Enthaltung wird der Antrag mit Mehrheit angenommen.

Initiativantrag 11: Übernahme von Leitungssämtern

Hendrik Werbick (Diözesanvorsitzender Münster) erläutert für die Antragsteller, die Realität führt zum Antrag. Eine Analyse sei notwendig. Es gebe Schwierigkeiten, entsprechende Leute zu finden.
Ute Theisen (Bundesvorsitzende) sagt, die BL sehe sich nicht in der Lage, tätig zu werden. Die Bundesleitung habe sich dazu auch keine Meinung bilden können. Sie plädiert dafür, keine AG einzurichten.
Jörg Thon (Delegierter Pfadfinderstufe) kann im Antrag wenig Konsequenz und Ziel sehen.
Hendrik Werbick (Diözesanvorsitzender Münster) schlägt vor, eine AG der Bundesversammlung einrichten und formuliert den Antragstext entsprechend um.

Der Antrag wird einstimmig angenommen

Votum Ausbildungskonzept

Die AG Ausbildung stellt ein überarbeitetes Konzept zur Modulausbildung vor und bekräftigt die Selbstverpflichtung der Diözesanverbände zur Umsetzung aus dem Jahr 2004.

Die Versammlung gibt ein eindeutig positives Votum

Die Bundesleitung nimmt in der Versammlung das Konzept einstimmig an, es ist damit in Kraft gesetzt.

9. Auswertung und Ende der Versammlung

Zur Auswertung werden Reflexionsbögen verteilt. Die Auswertung erfolgt später in Hauptausschuss und Bundesleitung.

Moderator Michael Kroll gibt die Leitung der Versammlung an Ute Theisen (Bundesvorsitzende) zurück.

Der Diözesanverband Freiburg lädt zur Bundesversammlung ein.

Der Bundesvorstand dankt allen Beteiligten für ihren Einsatz während der Bundesversammlung.

Ute Theisen (Bundesvorsitzende) erklärt die 71. Bundesversammlung für beendet.

Ende der Versammlung am Sonntag, 4. Mai 2008, um 12 Uhr.


Michael Scholl
Neuss,

Autorisiert:


Ute Theisen
Bundesvorsitzende


Annemarie Schulte
Diözesanvorsitzende Paderborn


Lars Hofnagel
Diözesankurat Paderborn

Persönliche Erklärung zu meinem Rücktritt als Bundesvorsitzender

Liebe Mitglieder der Bundesversammlung,

im November 2007 habe ich bekanntgegeben, dass ich als Bundesvorsitzender der DPSG mit Ende der 71. Bundesversammlung am 04. Mai 2008 von meinem Amt zurücktrete.

Diese Entscheidung ist mir nicht leicht gefallen.

Mit dieser persönlichen Erklärung möchte ich euch meine Gründe nochmals darlegen.

Nach einem Jahr in meinem Amt habe ich für mich intensiv reflektiert, was es heißt Bundesvorsitzender zu sein und wie es mir in diesem Amt geht.

Mit meinen beiden Kollegen im Bundesvorstand Ute und Guido, sowie Freunden und Familie habe ich mich darüber beraten und ausgetauscht.

Zu den Gründen für meinen Rücktritt habe ich zum einen meine Begeisterung benannt, die ich nicht mehr spüren konnte wie in vorherigen Engagements in der DPSG. Zum anderen fehlten mir die Menschen, die mir leider nur im Herzen und in meinem Kopf sehr nahe waren: Viele meiner Freunde und Familie.

Vieles in dem Amt als Bundesvorsitzender ist oder war für mich wunderschön zum Beispiel:

- Die Begegnungen mit vielen Menschen, die von der Pfadfinderidee überzeugt sind
- Einblicke in die verschiedensten Tätigkeitsfelder der DPSG zu erhalten
- Die Möglichkeit zu gestalten
- Ideen und Projekte zu initiieren und zu entwickeln
- Verantwortung für eine Bewegung zu haben die mehr ist, als nur einen Zusammenschluss von tausenden von Menschen

Das Engagement in diesem Amt hatte allerdings für mich einen zu hohen Preis:

- Verständnis noch Tobi der Mensch zu sein mit seinen Eigenheiten und nicht nur Tobi der Bundesvorsitzende
- Misstrauen zu spüren, wo ich Vertrautheit erwartete
- Weniger Zeit den Verband zu erleben wie ich erhoffte
- Weit weg von meinen Wurzeln zu sein
- Und wenig bis teilweise gar keine Zeit für meine Freunde und Familie

Darum habe ich mich entschlossen mit Ende dieser Versammlung mein Amt zu beenden.

Ich sehe für mich in diesem Plenum die Grenze, meine Beweggründe näher zu erklären. Ich stehe euch weiterhin gerne im persönlichen Gespräch für Fragen oder Rückmeldung zu meiner Entscheidung zur Verfügung.

Wie ich auch schon mit meinem Brief zum Rücktritt schrieb: Ich fühle mich gut mit diesem Entschluss, weil ich weiß dass es der richtige Weg ist und ich spüre meine „Begeisterung für eine Bewegung, die die Welt ein Stück besser macht!“..

Danke für die vielen, vielen tollen Momente die ich mit einigen von euch hatte, für die Geduld wenn es mit mir mal schwierig war, für die Begegnungen am Lagerfeuer bis zur Versammlung und für das Vertrauen das ich vor zwei Jahren bekommen habe und oft wieder spüren durfte.

Tobias Miltenberger
Burg Feuerstein, am 2. Mai 2008


Änderungsantrag 1 zu Antrag 1
Antragsteller: Diözesanvorstand Freiburg

Antragsgegenstand: Satzungsänderung Ziffern 56, 76, 98

Die Bundesversammlung möge beschließen:

Die Ziffern 56, 76 und 98 der Satzung der DPSG werden wie folgt geändert und ergänzt:

56. Die Bezirkskonferenzen finden mindestens einmal im Jahr statt. ~~Der Bezirksvorstand~~ *Die Bezirksstufenleitung* lädt dazu ein. Die Leitung der Konferenz liegt bei der zuständigen Stufenleitung. *Ist das Amt der Stufenleitung nicht besetzt, dann fällt die Einberufung und die Leitung der Konferenz an den Bezirksvorstand.*

76. Die Diözesankonferenzen finden mindestens einmal im Jahr statt. ~~Der Diözesanvorstand~~ *Die Diözesanstufenleitung bzw. die Fachreferentin / der Fachreferent* laden dazu ein. Die Leitung der Konferenz liegt bei der zuständigen Stufenleitung *bzw. bei der zuständigen Fachreferentin / dem zuständigen Fachreferenten. Ist das Amt der Stufenleitung bzw. der Fachreferentin / des Fachreferenten nicht besetzt, dann fällt die Einberufung und die Leitung der Konferenz an den Diözesanvorstand.*

98. In der Regel findet für jede Altersstufe und jedes Fachreferat jährlich eine Konferenz statt. ~~Der Bundesvorstand~~ *Die Bundesstufenleitung bzw. die Fachreferentin / der Fachreferent* laden dazu ein. Die Leitung der Konferenz liegt bei der zuständigen Stufenleitung *bzw. der jeweiligen Fachreferentin / dem jeweiligen Fachreferenten. Ist das Amt der Stufenleitung bzw. der Fachreferentin / des Fachreferenten nicht besetzt, dann fällt die Einberufung und die Leitung der Konferenz an den Bundesvorstand.*

Begründung:

Erfolgt mündlich

Abstimmungsergebnis	
Ja-Stimmen:	26
Nein-Stimmen:	Mehrheit
Enthaltungen:	4



Drucksache 4a



»»» Antrag 2

Antragsteller: Diözesanvorstand
Limburg

Antragsgegenstand: Aufnahme des erweiterten Vorstands in die
Satzung

Die Bundesversammlung möge beschließen:

In den Ebenen Stamm, Bezirk und Diözese wird der jeweiligen Versammlung ermöglicht weitere Personen in den Vorstand der betreffenden Ebene zu wählen. Zusätzlich soll den regulären Mitgliedern die Möglichkeit gegeben werden ihre Stimme im Fall der eigenen Abwesenheit auf ein erweitertes Vorstandsmitglied zu übertragen.

Die Satzung soll wie folgt geändert werden:

Punkt 29:

Der Vorstand des Stammes besteht aus drei gleichberechtigten Mitgliedern.

Mitglieder des Stammesvorstands sind:

- die beiden Stammesvorsitzenden;
- der/die Stammeskurat/in.

Weiterhin ist es möglich maximal zwei Personen als erweiterte Vorstandsmitglieder in den Vorstand zu wählen. Innerhalb des Vorstandes kann jedes reguläre Stammesvorstandsmitglied für den Fall seiner Abwesenheit auf einer Versammlung sein Stimmrecht auf ein erweitertes Vorstandsmitglied übertragen. Es darf maximal eine Stimme auf eine Person übertragen werden.

Punkt 50:

Der Bezirksvorstand besteht aus drei gleichberechtigten Mitgliedern. Mitglieder des Bezirksvorstands sind:

- die Bezirksvorsitzende;
- der Bezirksvorsitzende;
- der/die Bezirkskurat/in.

Weiterhin ist es möglich maximal zwei Personen als erweiterte Vorstandsmitglieder in den Vorstand zu wählen. Innerhalb des Vorstandes kann jedes reguläre Bezirksvorstandsmitglied für den Fall seiner Abwesenheit auf einer Versammlung sein Stimmrecht auf ein erweitertes Vorstandsmitglied übertragen. Es darf maximal eine Stimme auf eine Person übertragen werden.



Drucksache 4a



Punkt 69:

Der Diözesanvorstand besteht aus drei gleichberechtigten Mitgliedern.

Mitglieder des Diözesanvorstands sind:

- die Diözesanvorsitzende;
- der Diözesanvorsitzende;
- der Diözesankurat.

Weiterhin ist es möglich maximal zwei Personen als erweiterte Vorstandsmitglieder in den Vorstand zu wählen. Innerhalb des Vorstandes kann jedes reguläre Diözesanvorstandsmitglied für den Fall seiner Abwesenheit auf einer Versammlung sein Stimmrecht auf ein erweitertes Vorstandsmitglied übertragen. Es darf maximal eine Stimme auf eine Person übertragen werden.

Begründung:

In unserer Diözese stellen wir bereits seit einigen Jahren fest, dass die Bezirke bei den Diözesanversammlungen meist nur zwei ihrer drei Stimmen wahrnehmen können, da es unseren Bezirkskuraten häufig nicht möglich ist vollständig an der Diözesanversammlung teilzunehmen. Das genannte Problem tritt zunehmend auch auf der Bezirksebene auf und führt z.T. zum Verlust der Beschlussfähigkeit der betreffenden Bezirksversammlung.

Mit der Erweiterung des Vorstandes wird die Möglichkeit gegeben Stimmen zu delegieren und somit einerseits die Beschlussfähigkeit wiederherzustellen und andererseits eine ordentliche Vertretung der Stämme, Bezirke bzw. Diözese zu gewährleisten.

Durch die Stimmendelegation wird zudem eine Gleichbehandlung gegenüber den Stufen erreicht, da die Satzungen im Bereich der Stufendelegierten eine Ersatzdelegation bereits vorsieht.

Abstimmungsergebnis	
Ja-Stimmen:	
Nein-Stimmen:	
Enthaltungen:	



»»» Änderungsantrag zu Antrag 3

71.
Bundesversammlung 2008
auf Burg Feuerstein

Antragsteller: Bundesvorstand

Antragsgegenstand: Satzungsänderung – Ziffer 7 Gliederung und
Ziffer 132 Auflösung des Verbandes

Die Bundesversammlung möge beschließen:

Die Ziffer 7 der Satzung der DPSG wird wie folgt ergänzt:

Die Diözesanverbände, Bezirke und Stämme sind je eigene nicht rechtsfähige Vereine. *Die zur DPSG gehörenden Stämme, Bezirke und Diözesanverbände sind im Anhang zur Satzung aufgelistet.* Sie handeln im Rahmen ihrer Zuständigkeit nach der Ordnung des Verbandes und dieser Satzung selbstständig und eigenverantwortlich.

Die Ziffer 132 der Satzung der DPSG wird wie folgt ergänzt:

Im Falle der Auflösung des Verbandes oder bei Wegfall des steuerbegünstigten Zwecks fällt das Vermögen des Vereins je zur Hälfte an den Bund der deutschen katholischen Jugend und an den „Ringe deutscher Pfadfinderinnen- und Pfadfinderverbände e.V.“, die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke i. S. der Ziffer 2 dieser Satzung verwenden.

Eine vom Bundesvorstand zu aktualisierende Liste aller Stämme, Bezirke und Diözesanverbände wird als Anhang in die Satzung aufgenommen.

Begründung:

Sollte Antrag 4 dieser Bundesversammlung verabschiedet werden, muss der Anhang zur Satzung auch in die Satzung aufgenommen werden.

Bisher gab es keine Regelung, wohin das Vermögen des Bundesverbandes im unwahrscheinlichen Fall der Verbandsauflösung fällt. Diese soll geschaffen werden.

Abstimmungsergebnis	
Ja-Stimmen:	einstimmig
Nein-Stimmen:	
Enthaltungen:	



Drucksache 4a





»»» **Antrag 4**

Antragsteller: Bundesvorstand

Antragsgegenstand: Anerkennung der Gemeinnützigkeit von Gliederungen der DPSG

Die Bundesversammlung möge beschließen:

Die Bundesversammlung erklärt zur Erlangung der gemeinnützigkeitsrechtlichen Voraussetzungen

- für alle in der Anlage aufgeführten Stämme die Ziffern 1 - 38a und 99 - 137,
- für alle in der Anlage aufgeführten Bezirke die Ziffern 1 – 17, 39 – 57 und 99 – 137
- sowie für alle in der Anlage aufgeführten Diözesanverbände die Ziffern 1 – 17, 58 -79 und 99 – 137 als verbindlich.

Der Bundesvorstand wird ermächtigt, die Anlage entsprechend der tatsächlich zur DPSG gehörenden Gliederungen anzupassen.

Begründung:

Immer mehr Gruppierungen haben Probleme mit der Anerkennung ihrer Gemeinnützigkeit. Als Grund hierfür wird seitens der Finanzbehörden angeführt, dass die Gruppierungen keine eigene und selbst beschlossene Satzung haben. Der Bundesvorstand bemüht sich derzeit um Klärung dieses Sachverhaltes mit dem Finanzministerium NRW, da sich derzeit offensichtlich alle Finanzbehörden der Bundesländer auf Schreiben (siehe Anhang) aus diesem Ministerium beziehen, in dem entsprechendes problematisiert wird. Zwar wurden alle Finanzbehörden informiert, der Bundesvorstand erlangte aktuell jedoch nur zufällig Kenntnis davon. Über den aktuellen Sachverhalt werden wir die Bundesversammlung informieren und ggf. diesen Antrag verändern.

Anlagen

Schreiben Finanzministerium NRW vom 18.09.1990 und 11.05.2006
Schreiben DPSG Bundesvorstand vom 20.03.2008
Liste aller Stämme, Bezirke und Diözesanverbände (Stand 20.03.2008)

Abstimmungsergebnis	
Ja-Stimmen:	einstimmig
Nein-Stimmen:	
Enthaltungen:	



Drucksache 4a



»»» Änderungsantrag zu Antrag 5 „A“

Antragsteller: Diözesanvorstand Aachen
Diözesanvorstand Berlin
Diözesanvorstand Erfurt
Diözesanvorstand Essen
Diözesanvorstand Hamburg
Diözesanvorstand Hildesheim
Diözesanvorstand Köln
Diözesanvorstand Magdeburg
Diözesanvorstand Münster
Diözesanvorstand Osnabrück

Antragsgegenstand: Finanzielle Unterstützung der Diözesanverbände
Berlin, Erfurt und Magdeburg aus Mitgliedsbeiträgen

Die Bundesversammlung möge beschließen:

Die Diözesanverbände Berlin, Erfurt und Magdeburg erhalten in den Jahren 2008, 2009 und 2010 aus den beim Bundesverband eingehenden Mitgliedsbeiträgen der DPSG jährlich als Ergänzung zu der Beitragsrückvergütung je 2.500,- EUR finanzielle Unterstützung zur Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben.

Die jährliche Fördersumme von 7.500,- EUR tragen zu je 50% der Bundesverband sowie die Diözesanverbände. Die jährlichen 3.750,- EUR zu Lasten der Diözesanverbände verteilen sich anteilig auf die einzelnen Diözesanverbände gemäß ihres Beitragsaufkommens im laufenden Jahr. Die Förderung wird jährlich mit der auszuschüttenden Beitragsrückvergütung verrechnet.

Die 73. Bundesversammlung 2010 überprüft die dann ausgelaufene Förderregelung und berät – soweit notwendig - ein mögliches weiteres Vorgehen.

Begründung:

- eine ausführliche Begründung erfolgt mündlich

Anhang:

Beispielrechnung anhand der Beitragsrückvergütung 2007

Abstimmungsergebnis	
Ja-Stimmen:	35
Nein-Stimmen:	41
Enthaltungen:	0



Drucksache 4a





»»» **Änderungsantrag 2 zu Antrag 5
(Änderung) „B“**

Antragsteller: Bundesleitung
Diözesanvorstand Limburg
Diözesanvorstand Freiburg
Diözesanvorstand Fulda
Diözesanvorstand Mainz
Diözesanvorstand Rottenburg-Stuttgart
Diözesanvorstand Speyer
Diözesanvorstand Trier

Antragsgegenstand: Beitragsrückerstattung

Die Bundesversammlung möge beschließen:

Die Bundesversammlung möge beschließen, dass insgesamt 20 Prozent der beim Bundesverband eingehenden Mitgliedsbeiträge der DPSG an die Diözesanverbände gemäß der aus ihren Diözesen eingehenden Mitgliedsbeiträgen rückerstattet werden.

Alle Diözesanverbände erhalten dabei einen Sockelbetrag von 4000 Euro, wodurch sich die Auszahlungssumme für Diözesanverbände mit einem höheren Anspruch entsprechend verringert.

Die Differenz zwischen dem Sockelbetrag in Höhe von 4000 Euro und dem Rückerstattungsbetrag, der sich auf der Basis der Anzahl der Mitglieder eines Diözesanverbandes errechnet, wird zur Hälfte vom Bundesverband und zur Hälfte von den verbleibenden Diözesanverbänden, die eine Rückerstattung erhalten, die über dem Sockelbetrag liegt, getragen.

Als Berechnungsgröße dienen die Beitragsrückerstattungsbeiträge des jeweiligen Vorjahres.

Begründung:

Eine ausführliche Begründung erfolgt mündlich

Abstimmungsergebnis	
Ja-Stimmen:	41
Nein-Stimmen:	35
Enthaltungen:	0



Drucksache 4a



 **Antrag 6**

Antragsteller: Diözesanvorstand
München und Freising

Antragsgegenstand: Erstellung einer Vorlage zum Nachweis der in der Woodbadgeausbildung vermittelten Kompetenzen

Die Bundesversammlung möge beschließen:

Die Bundesversammlung möge beschließen, die Bundesleitung zu beauftragen, eine bundesweit einheitliche Vorlage zum Nachweis über die in der Woodbadgeausbildung vermittelten Kompetenzen zu erstellen, welche diese Kompetenzen auch für einen außerverbandlichen Kontext aussagekräftig wiedergibt.

Begründung:

Zielsetzung:
Leiterinnen und Leiter sollen von der in der DPSG erfolgten Ausbildung auch außerhalb des Verbandes profitieren.

Hintergrund:

- Die Auflistung der vermittelten Inhalte der Ausbildung in der Ernennungsurkunde ist für Außenstehende schwer interpretierbar und damit im Rahmen eines Auswahlverfahrens schwer bewertbar.
- Die aktuelle Ernennungsurkunde enthält keine Beschreibung der erworbenen Kompetenzen.
- An der von der AG Ausbildung ursprünglich geplanten Erstellung einer Vorlage zum Nachweis der vermittelten Kompetenzen wird momentan nicht gearbeitet (laut Ute Theisen)



Drucksache 4a



Vorschläge zum Aufbau der Nachweis-Vorlage:

1. Kurzer Informationsteil zur DPSG
2. Beschreibung der erworbenen Kompetenzen
3. 1 DIN A4 Seite

Zu 2. Vorschläge zu den vermittelten Kompetenzen

- Intensive persönliche Reflexion
- Selbst- und Fremdbildabgleich
- Aufbau sozialer Kompetenzen insbesondere in der Steuerung und Moderation von Gruppen
- Erwerb von Fähigkeiten zum Konfliktmanagement, insbesondere im Teamkontext
- Reflexion der eigenen Rolle im Team und des eigenen Führungsverhaltens
- Erwerb eines breiten Methodenspektrums zur Arbeit mit Gruppen (Gruppendynamik, -pädagogik, Animations- und Reflexionsmethoden, Groß- und Kleingruppe, Moderation, ...)

Abstimmungsergebnis	
Ja-Stimmen:	einstimmig
Nein-Stimmen:	
Enthaltungen:	

 **Antrag 7**

Antragsteller: Diözesanvorstand
Regensburg

Antragsgegenstand: Schaffung eines Ausbildungssiegels für die
Stämme der DPSG

Die Bundesversammlung möge beschließen:

Die AG Ausbildung wird mit der Schaffung eines Ausbildungssiegels beauftragt, welches Stämme für einen begrenzten Zeitraum von zwei Jahren von der Bundesleitung bekommen können, wenn mindestens 50 % der Leiterinnen und Leiter des Stammes wenigstens erfolgreich an der Modulausbildung teilgenommen haben.

Dabei sind die Stämme in der Nachweispflicht; d.h. ein Stamm, der das Ausbildungssiegel haben möchte, muss die jeweiligen Bestätigungen nachweisen können. Mit dem Ausbildungssiegel kann der Stamm dann öffentlich auftreten und damit aufzeigen, dass alle aktiven Leiterinnen und Leiter ausgebildet sind. Nach zwei Jahren kann eine erneute Beantragung stattfinden.

Das Ausbildungssiegel soll so gestaltet sein, dass es auf Stammes-Homepages und auf Briefköpfen leicht zu integrieren ist.

Begründung:

In der Ordnung des Verbandes heißt es: „Die DPSG fördert und fordert ihre erwachsenen Leiterinnen und Leiter. Der Verband erwartet von ihren Führungskräften die Bereitschaft zur eigenen Aus- und Weiterbildung.“

Gerade durch das gesamtverbandliche Ausbildungskonzept wurde allen im Verband Tätigen ein gutes und praktikables „System“ geschaffen, um genau diesen Punkt umzusetzen. Die Erfahrungen zeigen auch, dass dies rege genutzt wird.

Allerdings geschieht dies v.a. auf ideeller Ebene; eine Kontrolle findet nicht statt. Dadurch verliert z.T. die Ausbildung ihre Bedeutung, bzw. ihre Tragweite. Stämme, die z.B. dadurch den Vorgaben der Ordnung Rechnung tragen, dass sie Leiterinnen und Leiter nur nach Besuch des kompletten Einstiegs ernennen, erfahren keinen Unterschied zu anderen Stämmen. Natürlich sollen solche Entscheidungen vorrangig aus Eigeninteresse passieren, trotzdem würden wir es begrüßen, wenn wenigstens ein kleiner Anreiz geschaffen werden könnte.



Drucksache 4a



Die Darstellung in der Öffentlichkeit und die Qualifizierung der Leitungskräfte ist dabei ein praktisches Mittel. Natürlich können auch jetzt bereits Stämme dies nach außen tragen. Ein einheitliches Ausbildungssiegel, welches bundesweite Tragweite besitzt, hat jedoch eine größere Wirkung und Gewichtung. Gerade gegenüber Eltern könnte durch ein solches Ausbildungssiegel der Anspruch der Ordnung, qualifizierte Leitungskräfte zu haben, deutlich gemacht werden.

Wichtig ist dabei die positive Anwendung. Eine Kontrolle jedes Stammes ist einerseits nicht sinnvoll, um die Eigenständigkeit der Stämme nicht einzuschränken und nicht auch noch mögliche Sanktionen erstellen zu müssen und auf deren Einhaltung achten zu müssen. Andererseits ist es auch nicht praktikabel. Die Umkehrung des Ganzen ist der bessere, praktikablere und pfadfinderische Weg. Stämme, die mit dem Ausbildungssiegel werben und auftreten wollen, müssen eben genau die Voraussetzungen nachweisen. Es liegt ganz im Interesse der Stämme, ob sie das Ausbildungssiegel besitzen oder nicht. Dabei wäre es z.B. denkbar, dass sie dies gegenüber den Diözesanverbänden tun und dann vom Diözesanvorstand für das Ausbildungssiegel vorgeschlagen werden. Dadurch wären auch hier kürzere Wege geschaffen. Über die genaue Vorgehensweise müsste allerdings noch entschieden werden.

Allgemein bleibt zu sagen, dass die Ausbildung der DPSG gut ist; genau dies muss auch noch stärker nach außen getragen werden. Dazu ist es unserer Meinung nach unumgänglich, dass sich die DPSG selbst gewissen Kontrollmechanismen unterstellt und somit schon selbst die Ausbildung als sichtbares Qualitätsmerkmal deutlich in den Mittelpunkt stellt!

Weitere Erläuterungen mündlich.

Abstimmungsergebnis	
Ja-Stimmen:	2
Nein-Stimmen:	Mehrheit
Enthaltungen:	1

»»» Antrag 8

Antragsteller: Diözesanvorstand Freiburg
Diözesanvorstand Fulda
Diözesanvorstand Mainz
Diözesanvorstand Rottenburg-Stuttgart
Diözesanvorstand Speyer
Diözesanvorstand Trier

Antragsgegenstand: Berufungsverfahren und –voraussetzungen
von Woodbadgekurs-Teamerinnen und -
Teamern

Die Bundesversammlung möge beschließen:

Die Bundesversammlung beauftragt die Bundesleitung, das Berufungsverfahren von WBK-Teamerinnen und –Teamern und die Voraussetzungen für die Berufung in den einzelnen WBK-Konzepten eindeutig zu klären und einheitlich festzulegen. Die Texte der einzelnen WBK-Konzepte und des Konzeptes zur Ausbildung der Auszubildenden sind darauf zu überprüfen und werden gegebenenfalls geändert. Dabei finden die ursprünglichen Vereinbarungen und Vorgaben zum gesamtverbandlichen Ausbildungskonzept Anwendung.

Die Berufungen von WBK-Teamerinnen und -Teamern liegt in der Verantwortung der Diözesanvorstände. Für die Ausbildung der WBK-Teamerinnen und -Teamer trägt die Bundesleitung, durch die Bundesstufenleitungen und Bundesarbeitskreise, Sorge.

Es ist von der Bundesleitung sicher zu stellen, dass die Voraussetzungen für ihre Berufung von den WBK-Teamerinnen und -Teamern auch erfüllbar sind, indem das Ausbildungsangebot auf die Berufungsvoraussetzungen abgestimmt ist. Die gegenseitige Anerkennung von Ausbildungskursen in den Stufen muss möglich und klar geregelt sein.

Begründung:

Mit der Zeit und der Erstellung immer neuer Konzepte nach der Einführung des gesamtverbandlichen Ausbildungskonzeptes entstanden verschiedene und nicht geklärte Voraussetzungen und Verfahren für die Berufung von WBK-Teamerinnen und –Teamern (eine Übersicht findet sich am Ende der Begründung).



Drucksache 4a



Gleichzeitig findet die Ausbildung der Auszubildenden zur Zeit nicht in der Weise statt, dass WBK-Teamerinnen und –Teamer die unterschiedlichen Anforderungen erfüllen können. So findet keine AdA in der Roverstufe statt, was zum Beispiel Voraussetzung für WBK-Teamerinnen und -Teamer der Vorstände-Kurse wäre. Und auch in anderen Stufen gehen die Voraussetzungen weiter, als das tatsächliche Angebot es zulässt.

Die Durchführung der neuen Kurse liegt in der Hand der Diözesanverbände, darum sollten auch die Diözesanvorstände (wie im Rahmenkonzept vorgesehen) für die Berufung von WBK-Teamerinnen und -Teamern verantwortlich sein.

Übersicht über die Voraussetzungen für WBK-Teamerinnen und –Teamer in den einzelnen verabschiedeten Konzepten und Beschlüssen:

- **WB-Rahmenkonzept**
Kurs-Teamer/innen können nach einem Einstiegsgespräch durch die Diözesanvorstände berufen werden. Voraussetzung für die dauerhafte Tätigkeit ist die mindestens zweijährliche Teilnahme an Ausbildungstagungen. Gewünscht ist die Teilnahme am Kurs-Leitungstraining und am Teamer/innen-Training der Stufe.
- **Konzept zur Ausbildung der Auszubildenden**
Nach Einstieg und Teamer-Training werden Kurs-Teamer/innen auf Dauer vom Diözesanvorstand in Absprache mit den Bundesstufenleitungen für ihre Aufgabe in der Ausbildung berufen.
- **Einzelne Konzepte zum WBK:**
 - **Wölflinge:**
Die Hoheit zur Teamzusammensetzung liegt bei den Diözesanvorständen, die dies in aller Regel an die jeweiligen Diözesanstufenleitungen der Wölflingsstufe delegieren.
 - **Jungpfadfinder:**
Die Diözesanstufenleitung ist für den Woodbadge-Kurs, insbesondere für ein regelmäßiges Angebot und die Qualität des Kurses verantwortlich. Die Stufenleitung leitet daher die Teambildung und ist verantwortlich für die Zusammensetzung der Leitungsteams.
 - **Pfadfinder:**
Die Verantwortung für die Bildung des Leitungsteams liegt in der Regel bei der jeweiligen Diözesanleitung der Pfadfinderstufe. Formale Voraussetzung für die Teamerinnen und Teamer ist der Abschluss der Woodbadge-Ausbildung, der Besuch des Teamertrainings und die mindestens zweijährige Teilnahme an der Ausbildungstagung der Pfadfinderstufe.
 - **Vorstände:**
Teamerinnen und Teamer von Woodbadge-Kursen für Vorstände werden nach Einstieg und Teamer-Training der Roverstufe vom Diözesanvorstand in Absprache mit dem Bundesvorstand berufen. Sie erfahren eine entsprechende Praxisbegleitung.
- **Ausbildungsbrief 2/07:**
Das Gesamtverbandliche Ausbildungskonzept beschreibt, dass Teamer und Teamerinnen von Woodbadge-Kursen vom Diözesanvorstand in Absprache mit den zuständigen Bundesstufenleitungen berufen werden

Abstimmungsergebnis	
Ja-Stimmen:	41
Nein-Stimmen:	32
Enthaltungen:	5

»»» Antrag 9

Antragsteller: **Anja Gockenbach,**
Bundesreferentin Jungpfadfinderstufe
Katrin Kaufmann,
Bundesreferentin Wölflingsstufe
Ulrich Weighardt,
Bundesreferent Wölflingsstufe

Antragsgegenstand: **Thesenpapier Mitbestimmung**

Die Bundesversammlung möge beschließen:

Die Bundesversammlung möge das von den Bundeskonferenzen der Wölflings- und Jungpfadfinderstufe vorgelegte „Thesenpapier zur Mitbestimmung in den Kinderstufen der DPSG“ beschließen.

Begründung:

Erfolgt mündlich

Anhang:

Thesenpapier

Abstimmungsergebnis	
Ja-Stimmen:	
Nein-Stimmen:	
Enthaltungen:	



Drucksache 4a



Thesenpapier der Wölflings- und Jungpfadfinderstufe zur Mitbestimmung in den Kinderstufen der Deutschen Pfadfinderschaft St. Georg

Einleitung

Das Thesenpapier dient zur Konkretisierung unserer Ordnung und stellt das Mitbestimmungsverständnis in der DPSG dar.

Es resultiert aus einer gemeinsamen Arbeitskreissitzung der Bundesarbeitskreise der Wölflings- und Jungpfadfinderstufe im Januar 2007. Beide Arbeitskreise sind mit dieser Thematik eng verbunden und werden sich auch in Zukunft über weitere Möglichkeiten und Formen der Mitbestimmung austauschen.

Ziele von Mitbestimmung

Unser Verband bietet Kindern ein Lernfeld für demokratische Strukturen und die Möglichkeit aktives Mitgestalten ihrer Umwelt zu erlernen.

Die Kinder werden mit ihren Interessen und Bedürfnissen ernst genommen. Sie erleben sich als wichtigen Teil der Gesellschaft und erlernen politisches Handeln. Mitbestimmung bedeutet, dass Kinder und Erwachsene gemeinsam das Verbandsleben gestalten und das alle Verantwortung für das Gelingen von Aktionen, aber auch von Gruppenstunden, übernehmen.

Kinder erleben, dass ihre Entscheidungen Auswirkungen haben und ihre Meinung von Bedeutung ist.

Wölflinge und Jungpfadfinder werden so in zunehmender Selbstbestimmung zu verantwortungsvollen Bürgern erzogen.

Das Erlernte wird dann in den Alltag (Schule, Gemeinde, Pfarrei u.a.) übertragen werden, so dass auch das öffentliche Leben mitgestaltet wird.

Leitungsverständnis

-auf der Grundlage unserer Verbandsordnung –

Die Leiter und Leiterinnen von Wölflingen und Jungpfadfindern nehmen ihre Kinder ernst und interessieren sich für deren Bedürfnisse und Interessen.

Sie beziehen Kinder in Entscheidungsprozesse mit ein. Leiter und Leiterinnen orientieren sich an den Interessen und Bedürfnissen der Kinder. Kinder entscheiden also in den Bereichen mit, welche für sie interessant und wichtig sind.

Leiter und Leiterinnen wissen um die Fähigkeiten der Gruppe und übergeben ihnen zunehmend mehr Verantwortung. Sie bereiten Kinder auf Entscheidungen vor und geben ihnen Informationen an die Hand, damit sich die Wölflinge und Jungpfadfinder eine eigene Meinung bilden können. Dies beinhaltet eine verständliche Sprache

Leiter und Leiterinnen sind offen für Rückmeldungen von Kindern und akzeptieren, dass ihr Verhalten offen hinterfragt wird. Dies ist die Basis für Mitbestimmung. Mitbestimmung zu ermöglichen ist Aufgabe der Leiter und Leiterinnen in den Kinderstufen, aber auch der Leiter und Leiterinnen aus den anderen Altersstufen, deren Mitglieder und Mandatsinhaber.

Voraussetzungen

Damit Wölflinge und Jungpfadfinder mitbestimmen können benötigen sie Hilfestellungen. Dies bedeutet, dass bestehende Rahmenbedingungen offen gelegt werden. Innerhalb dieses Rahmens können sie ihre Ideen äußern und einbringen. Um Kinder für eine Sache zu begeistern bedarf es Strukturen und Methoden.

Kinder benötigen aber nicht nur Transparenz, sondern auch Informationen und Vertrauen zu einander, auch die Leiter müssen ihren Gruppenmitgliedern etwas zu trauen.

Mitbestimmung ist ein ständiger Lernprozess für alle, welcher nie abgeschlossen wird.

Bei der Methodenauswahl sind Leiter und Leiterinnen kreativ und greifen auf spielerische und ganzheitliche Arbeitsformen zurück. Sie veranschaulichen Ergebnisse und führen erfassbare Entscheidungen zeitnah herbei.

Gruppe

Für erfolgreiche Mitbestimmung ist das Gruppenklima ausschlaggebend. Die Mitglieder einer Meute bzw. eines Trupps nehmen die Interessen, Bedürfnisse und Meinungen der anderen ernst und respektieren diese. Ein wertschätzender Umgang ist notwendig und hilfreich. Mitbestimmung heißt, dass alle Mitglieder einer Gruppe auf der Grundlage ihrer Fähigkeiten mitentscheiden. Die Gruppenleiter sind ein Teil der Gruppe und bringen sich verantwortungsbewusst in den Entscheidungsprozess mit ein.

Beschlossen auf den Bundeskonferenzen der Wölflings- und Jungpfadfinderstufe vom 28.-30. September 2007, Regensburg und Velburg



71.
Bundesversammlung 2008
auf Burg Feuerstein

»»» Antrag 10

Antragsteller: Bundesleitung

Antragsgegenstand: Konzept Politisches Handeln

Die Bundesversammlung möge beschließen:

Die Bundesversammlung setzt das Konzept „Politisches Handeln in der DPSG“ in Kraft.

Die Mitglieder der Bundesversammlung verpflichten sich, an der Umsetzung des Konzeptes in ihren jeweiligen Bezügen aktiv mitzuwirken.

Begründung:

Die DPSG-Bundesleitung wurde in der letzten Bundesversammlung beauftragt, ein Konzept zum politischen Handeln zu entwickeln und vorzulegen

Anhang:

Konzept zum Politischen Handeln

Abstimmungsergebnis	
Ja-Stimmen:	Mehrheit
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	3



Drucksache 4a





Konzept zum Politischen Handeln in der DPSG

1 Vorwort

In der Ordnung beschreibt die DPSG ihre beiden Wurzeln: Christentum und Pfadfinderbewegung. Aus beiden ergibt sich der Auftrag, Gesellschaft und Kirche, in der wir leben, zu gestalten und sich einzumischen.

Politisches Handeln gehört seit der Gründung der Weltpfadfinderbewegung, in der DPSG spätestens seit dem Ende der sechziger Jahre zum pfadfinderischen Leben. Die Frage danach, was die DPSG denn aktuell darunter versteht, kam im Rahmen des Perspektivprozess „update“ erneut auf. In der Ordnung der DPSG wurden Grundsätze zum politischen Handeln beschlossen, die immer wieder neu mit Leben gefüllt und umgesetzt werden sollen.

Die Mitglieder der DPSG engagieren sich in den bestehenden Strukturen und Netzwerken innerhalb des Verbandes. Darüber hinaus sind sie zum Beispiel im Bund der deutschen katholischen Jugend, im Ring deutscher Pfadfinderverbände, im Deutschen Bundesjugendring und der Weltpfadfinderbewegung aktiv. Besonders wichtig sind dabei die Handlungsfelder aus der Ordnung: Geschwisterlich leben, Friedensbedingungen schaffen, Nachhaltig leben und Freiheit wagen. Sie spielen im verbandlichen Gruppenalltag sowie in den Fachbereichen Behindertenarbeit, Ökologie und Internationale Gerechtigkeit eine Rolle.

Das politische Engagement der Mitglieder wird durch Partizipation in allen Altersstufen und auf allen Ebenen gefördert und gefordert. Sie lernen durch die Erziehung zu einer kritischen Weltsicht, die Mitbestimmung in den Gruppen und die Mitgestaltung der eigenen Gruppen demokratische Strukturen. Außerdem lernen sie altersgemäß während, persönlicher und gemeinsamer Entscheidungsprozesse im Wechselspiel zwischen Groß- und Kleingruppe. So werden die Mitglieder zu weiterem gesellschaftlichen Engagement und zur Übernahme von Verantwortung in und außerhalb der DPSG ermutigt und befähigt.

In diesem Konzept beschreibt die DPSG, was sie unter politischem Handeln versteht und wie ihr Engagement in Kirche und Gesellschaft aussieht. Neben der theoretischen Beschreibung der Begriffe Politik, politische Bildung und politisches Handeln wird beschrieben, wie politisches Handeln in der DPSG nicht nur strukturell verankert ist, sondern auch aktiv gelebt wird. Konkrete Beispiele dazu stehen unter Punkt 4 Umsetzungsformen. Dort wird deutlich, dass politisches Handeln zum pfadfinderischen Alltag gehört. Somit richtet sich dieses Konzept an alle, die Interesse an politischem Handeln haben oder andere dazu bewegen wollen.

2 Definitionen:

Politik, politisches Handeln und politische Bildung

Politik

Der Begriff Politik ist vom griechischen Wort Polis abgeleitet. Das heißt Stadt oder Gemeinschaft. Der Begriff Politik steht heute vor allem für Parteipolitik und nationale bzw. internationale Regierungspolitik. Von der ursprünglichen Bedeutung ist Politik aber ein umfassenderer Begriff und bezieht das Handeln von Menschen als Bürgerinnen und Bürger für gesellschaftliche Belange und Interessen ein. In einer Demokratie als der Gesellschaftsform, in der die Macht vom Volk bzw. von den Bürgerinnen und Bürgern

ausgeht, ist dieses aktive Handeln Voraussetzung, damit eine Gesellschaft funktioniert und Demokratie bestehen bleibt.

So verstanden kann der aktive Einsatz für das Gemeinwohl einer Gesellschaft oder die Interessen in einer gesellschaftlichen Organisation / Gruppe als politisches Handeln bezeichnet werden.

In der weiteren Definition von Form und Inhalt von Politik werden grundsätzlich drei Dimensionen unterschieden.

die normative Dimension (policy)

Das Ringen um den richtigen Weg, die Gemeinschaft bestmöglich zu gestalten, wird unter dieser Dimension gefasst. Sie beschreibt, was eine politische Akteurin/ein politischer Akteur zu tun beabsichtigt. Die normative Dimension der DPSG ist in der Ordnung des Verbandes grundgelegt, die als Leitbild Wertvorstellungen und Ziele des Handelns beschreibt. Außerdem wirkt die DPSG auch außerhalb des Verbandes bei der Findung und Verwirklichung von Normen und Einstellungen mit.

die prozessuale Dimension (politics)

Um Inhalte durch- und umzusetzen, gibt es formelle und informelle Regeln, die mit dem Begriff politics beschrieben werden. Er zeigt die konflikthafte Dimension von Politik, bei dem Meinungen nicht nur ausgetauscht, sondern auch durchgesetzt werden. In einer verfassten Demokratie geschieht dies regelmäßig, wenn eine Mehrheit oder ein Kompromiss gefunden werden müsse.

Die politische Arbeit innerhalb des Verbandes regelt die Satzung der DPSG. So werden beispielsweise Positionen von einer Mehrheit bei Versammlungen oder Konferenzen beschlossen, die Grundlage für die weitere pfadfinderische Arbeit sind. Aus der Satzung ergibt sich auch, wie die Mitglieder zu beteiligen sind. Auch nach außen hin wird die DPSG von ihren Mitgliedern in politischen Prozessen und Gremien vertreten, so zum Beispiel im BDKJ.

die institutionelle Dimension (polity)

Institutionen bieten den Rahmen für policy und politics und stecken den Handlungsspielraum ab. Dazu zählt, Strukturen aufzubauen sowie die politische Kultur und Traditionen zu pflegen.. Strukturen müssen also auch gelebt werden.

Die Gliederung der DPSG als Verband in verschiedene Ebenen und mit einem Leben in vier Stufen bietet eine Möglichkeit, polity zu formen.

Politisches Handeln in der DPSG

In den drei beschriebenen Dimensionen von policy, politics und polity wird politisch gehandelt – auch in der DPSG.

Die Basis für politisches Handeln in der DPSG ergibt sich dabei aus den Prinzipien und den Handlungsfeldern des Verbandes sowie den Fachbereichen Behindertenarbeit, Ökologie und Internationale Gerechtigkeit.

Politisches Handeln in der DPSG meint:

- aktives Handeln in den verbandlichen Strukturen, orientiert an der Ordnung als Leitbild für den Verband
- aktives Handeln nicht nur für die eigenen und verbandlichen Interessen, sondern auch für die von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Kirche, und Gesellschaft und weltweit aktiv zu werden und Anwaltschaft zu übernehmen.
- Aktives Handeln der Kinder und Jugendliche aus den Gruppen der DPSG, die dabei von erwachsenen Leitungskräften unterstützt und gestärkt werden.

Politische Bildung und politisches Handeln durch Learning by Doing

Politische Bildungsprozesse laufen in der DPSG gemäß dem pfadfinderischen Prinzip von Learning by doing ab. Das heißt über das Handeln erhalten die Mitglieder Informationen und Hintergründe zu Sachverhalten und Themen, die weitere Aktivitäten nach sich ziehen können.

Gleichzeitig ist politische Bildung Voraussetzung für politisches Handeln. Sie zielt darauf ab, eigene Interessen erkennen und vertreten zu lernen. Von der Gesellschaft bzw. einer gesellschaftlichen Organisation / Gruppe aus betrachtet, vermittelt politische Bildung Wissen und Einsichten über bestimmte Sachverhalte; außerdem Fähigkeiten des Urteilens und Handelns, um im Sinne der Gesellschaft zu handeln – politisch zu handeln.

Durch politisches Handeln können die Mitglieder

- Sachverhalte wahrnehmen, Informationen einholen, verarbeiten und sich eine Meinung bilden
- Entscheidungen und Gegebenheiten hinterfragen
- Entscheidungen treffen
- Toleranz- und Kritikfähigkeit entwickeln
- sich einmischen und beteiligen – sowohl innerhalb des Verbandes als auch darüber hinaus in Kirche und Gesellschaft
- in den verbandlichen Strukturen mitbestimmen.

In der DPSG ist politisches Handeln integraler Bestandteil der Arbeit und wird in allen Arbeitsfeldern als Querschnittsaufgabe betrachtet.

Ziel ist die politische Selbständigkeit ihrer Mitglieder auf der Basis der verbandlichen Werte.

Aus der politischen Mündigkeit heraus sollen sie, entsprechend ihrer individuellen Fähigkeiten und der spezifischen Lebenssituation, politisch handeln. Das ist in den verbandlichen Strukturen und über diese hinaus, im aktiven Gestalten von Kirche und Gesellschaft, möglich und erwünscht.

Somit ist der Verband nicht nur Lernfeld politischer Bildung, sondern auch Ort für politisches Handeln.

3 Merkmale und Bedingungen des politischen Handelns Gemeinsame Wertebasis

Politisches Handeln ist in der DPSG wertorientiert. Dabei bezieht sich die DPSG auf die Wertebasis der

- Weltpfadfinderbewegung
- Christlich-Soziale Ethik
- Demokratisch verfassten Bundesrepublik Deutschland (demokratische Grundwerte).

Diese Werte sollen Reibungspunkte für das politische Handeln der Mitglieder sein.

Leiterinnen und Leiter kennen die gemeinsame Wertebasis, setzen sich mit dieser auseinander und schaffen ihren Gruppen innerhalb dieser Wertebasis durch politische Bildung Möglichkeiten der Auseinandersetzung und Ansatzpunkte für politisches Handeln.

Sozialraum- und Lebensweltbezug

Look at the boy / at the girl! Dieses pädagogische Prinzip wird auch im politischen Handeln angewendet. Ansatzpunkte für politisches Handeln ergeben sich zuerst aus dem Sozialraumbezug der Mitglieder. Wichtig dabei ist, örtliche, regionale und institutionelle Strukturen des Ortes, in dem die Mitglieder leben, zu beachten.

Ebenso wird der Bezug zum Umfeld der Mitglieder eingehalten, der sich aus dem subjektiven Ausschnitt des Sozialraumes ergibt. Das heißt: Politisches Handeln orientiert sich an den Interessen der Mitglieder bzw. der jeweiligen Zielgruppe (Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene) und hat konkret etwas mit ihrem Leben zu tun.

Altersgerecht

Politisches Handeln muss dem Lebensalter angemessen sein, ist also abhängig von den bereits entwickelten Interessen und Möglichkeiten der Mitglieder bzw. der jeweiligen Zielgruppe (Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene).

Wesentliche Voraussetzungen für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sind (vgl. *Musse* in „Kinder reden mit“), dass

- ein Thema für die Zielgruppe eine Bedeutung hat
- Informationen zielgruppengerecht vermittelt und verarbeitet werden
- der Gegenstand der Beteiligung überschaubar ist
- es einen konkreten Ort der Beteiligung gibt
- sehr transparent gearbeitet wird
- der Zeitrahmen altersgemäß ist

Leiterinnen- und Leiterkompetenz

Politisches Handeln kommt nicht ohne Begleitung und Impulse aus. Leiterinnen und Leiter übernehmen diese Verantwortung mit der Entscheidung, eine Gruppe zu leiten.

Voraussetzungen dafür sind, dass die Leiterin/der Leiter

- eigene Standpunkte und politische Kompetenz hat, also mit wachen Augen in Verband, Kirche und Gesellschaft lebt, die Ordnung der DPSG und die Handlungsfelder kennt, sich mit ihnen auseinandergesetzt hat, um die Möglichkeiten des eigenen politischen Engagements weiß und diese in das eigene Handeln übertragen kann (vgl. Modulausbildung des Gesamtverbandlichen Ausbildungskonzept)
- die grundsätzliche Bereitschaft hat, mit ihren / seinen Gruppen politisch zu arbeiten und der Gruppe dabei auch Freiräume zu geben sowie die Akzeptanz, selbstbestimmte Entscheidungen der Gruppe zu tragen
- Methodenkompetenz hat, d.h. altergemäße und themenbezogene Methoden zur Initiierung politischer Handlungs- und Bildungsprozesse anwenden kann
- um die Grenzen politischer Prozesse weiß.

3.2 Orte politischen Handelns

Politisches Handeln kann in der DPSG auf folgenden Ebenen stattfinden:

- innerhalb der eigenen Gruppe, in Meute, Trupp und Runde sowie im ganzen Stamm
- über die eigene Gruppe hinaus auf anderen Ebene des Verbandes im Rahmen der Satzung der DPSG
- als Vertretung für den Verband, z.B. auf kommunaler Ebene im Stadtjugendring oder im Jugendhilfeausschuss, Pfarrgemeinderat usw.
- als Interessensvertretung mit und für Kinder und Jugendliche vor Ort und weltweit, durch Teilnahme oder Inszenierung von Aktionen, Kampagnen oder Prozessen, die Kirche und Gesellschaft bewegen.

Über alle Ebenen hinaus erhalten die Mitglieder auf Grundlage des im Verband Erlernten und Erlebten die Fähigkeit, aktiv an politischen Entscheidungsprozessen teilzuhaben und

diese auch mit zu gestalten. Zum Beispiel durch Engagement in einer kommunalen Bürgerinnen- und Bürger-Initiative, durch die bewusste Beteiligung an einer Bundestagswahl oder auch die Mitarbeit in kirchlichen Gremien. Solches Engagement hat gesellschaftspolitische Bedeutung für eine Kommune bzw. demokratietheoretische für ein Land.

(vgl. *Fatke* in „Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland“).

Die Weltpfadfinderbewegung ist parteipolitisch unabhängig. Damit ist gemeint, dass sie sich nicht in einem Land oder weltweit auf die Seite einer politischen Strömung oder Partei stellt. Nichts desto trotz ist es sinnvoll, wenn einzelne Mitglieder der DPSG durch ihr Engagement im Verband dazu kommen, innerhalb des demokratischen Systems Deutschlands gesellschaftliche Verantwortung übernehmen zu wollen. Das kann mit einer Parteizugehörigkeit verbunden sein. Parteipolitisches Engagement von Mitgliedern kann also eine logische Konsequenz pfadfinderischer Erziehung sein. Unvereinbar ist es für die DPSG lediglich „im Falle der Mitgliedschaft oder Mitarbeit in einer Partei oder Vereinigung, die Ausländerfeindlichkeit, Fremdenhass, Rassismus, Nationalismus oder Intoleranz gegenüber Andersdenkenden verbreitet oder sich nicht der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verpflichtet“ (Satzung der DPSG).

4 Umsetzungsformen

Politisches Handeln ist ein Anliegen der DPSG. Es gibt zahlreiche Methoden und Ansatzpunkte, über die politisches Handeln in den Gruppen initiiert werden kann:

- Elemente der pfadfinderischen Erziehung: Arbeit mit Groß- und Kleingruppe (Meutenrat, Trupprat, Rundensprecher/innen), Pfadfindergesetz und Versprechen, Learning by doing, fortschreitende attraktive Programme in der Gruppenarbeit
- Erfahrungslernen
- Sozialraumanalyse (look at the boy / the girl)
- Projektmethode
- Mitbestimmung
- Mitgliederinitiative

Impulse zu politischem Handeln ergeben sich aus der gesellschaftlichen Situation vor Ort und weltweit. Sie finden sich in pfadfinderischen Themen und Grundwerten. Weitere Ansatzpunkte bieten die vier Altersstufen und die Fachbereiche Internationale Gerechtigkeit, Behindertenarbeit und Ökologie.

Dabei fängt politisches Handeln vor Ort im Alltag an und umfasst nicht nur öffentliche Aktionen, sondern auch interne Aktionen. Bei der Stammesversammlung und auch bei der Beteiligung an der Jahresaktion wird politisch gehandelt.

Beispiele

Projektmethode

In vielen pfadfinderischen Bezügen ist die Projektmethode bekannt und wird umgesetzt. Sie ist ein weiteres Beispiel, wie in einer Gruppe politisches Handeln entstehen kann.

Unter dem Begriff Projekt wird das gemeinsame Handeln einer Gruppe verstanden, um ein bestimmtes Vorhaben zu planen und umzusetzen.

Ausgangspunkt dabei sind die eigene Interessen und Anliegen, die in eine Gruppe gebracht werden oder auch von außen an sie herangetragen werden. Persönliche und Gruppeninteressen werden zueinander gebracht und zu einem gemeinsamen Anliegen weiterentwickelt. Danach verständigen sich alle darauf, ein Anliegen gemeinsam umzusetzen, planen die nächsten Schritte und Zielen, setzen es in die Tat um.

Gruppensprecherin und Gruppensprecher

Politisches Handeln fängt in den einzelnen Gruppen, Meuten, Trupps und Runden vor Ort an in der Wahl einer Gruppensprecherin, eines Gruppensprechers, über die das Mitspracherecht der Gruppen zum einen strukturell verankert, zum anderen aktiv ausgeübt werden kann.

Stammesversammlung

Alle vier Stufen können in der Stammesversammlung mitbestimmen. Als stimmberechtigte Mitglieder gehören der Versammlung je zwei Delegierte der Wölflings-, Jungpfadfinder-, Pfadfinder- und Roverstufe an. So können die Stufen über die Belange des Stammes direkt mitentscheiden und auch den Stammesvorstand wählen.

Die Leiterinnen und Leiter haben ebenfalls Mitbestimmungsrecht und sind als Sprecherin und Sprecher der Leitungsteams der Wölflingsmeuten, Jungpfadfindertrupps, Pfadfindertrupps und Roverrunden Mitglied der Stammesleitung und somit auch stimmberechtigte Mitglieder der Stammesversammlung

Jahresaktion „Flinke Hände flinke Füße“

Unter dem Motto „Flinke Hände flinke Füße“ gibt es seit 1961 die Jahresaktionen. Zu einem bestimmten Thema bzw. für einen konkreten Spendenzweck werden auf allen Ebenen unterschiedlichste Aktionen gestartet.. Die Jahresaktionen bedeuten für die DPSG beispielhafte Bildungs-, Solidaritäts und Öffentlichkeits-/Lobbyarbeit in einem konkreten Fachbereich oder Handlungsfeld. Dabei geht es nicht allein nur um das Geld sammeln. Es geht auch darum, sich mit dem jeweiligen Thema auseinander zu setzen.

Mitbestimmung von Wölflingen beim Bundesunternehmen Meuterei

Im Rahmen des Bundesunternehmens Meuterei der Wölflingsstufe haben die Wölflinge aktiv mitbestimmt. In einem Abstimmungsverfahren haben die Meuten konkret Lagerregeln für die Bereiche Miteinander, Streit, Sauberkeit, Nachtruhe und Sicherheit aufgestellt. Außerdem konnten sie weitere Wünsche und Anregungen für das gemeinsame Lager in Westernohe benennen, die von allen gemeinsam umgesetzt werden sollen.

Mitbestimmung von Jungpfadfinderinnen und Jungpfadfindern

am Beispiel des Kornett-Wochenende im Rahmen des Bundesunternehmens
passwort: *b*|*a*u

Im Vorfeld des Bundesunternehmens der Jungpfadfinderstufe
passwort: *b*|*a*u im Jahr 2006 fand ein Wochenende mit den Kornetts der teilnehmenden Gruppen statt. Bei dem Wochenende wurde wesentliche Eckpunkte des Unternehmens gemeinsam mit den Kornetts und den Verantwortlichen des Bundesunternehmens festgelegt.

Vollversammlung in der Pfadfinderstufe

Der Grundsatz „look at the boy / look at the girl“, also der Wahrnehmung der Interessen und Bedürfnisse der jeweiligen Altersgruppe und des Grundsatzes der Mitbestimmung, kann bei der Vollversammlung in der Pfadfinderstufe umgesetzt werden.

In der Vollversammlung haben die Pfadfinderinnen und Pfadfinder die Möglichkeit, ihre eigenen Anliegen und Interessen in einem strukturell festgelegten Rahmen zur Sprache zu bringen und eine gemeinsame Entscheidung für oder gegen einen Sachverhalt

herbeizuführen. Diese stellt dann die Grundlage für weitere Aktionen, gemeinsame Planungen, die Auseinandersetzung mit Themen usw.

Sehr erfolgreich wurde eine Vollversammlung der Pfadfinderstufe im Rahmen des Bundesstufenunternehmens „fett grün“ 2001 veranstaltet, deren zentrale Ergebnisse in der Frankfurter Erklärung (s. Ordnung) mündeten. Auch in vielen Diözesanverbänden wird die Vollversammlung in der Pfadfinderstufe ausprobiert.

Roverstufe

Ein gutes Beispiel, dass das politische Handeln in der DPSG befähigt, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen und Stellung zu beziehen, gibt aktuell die Roverstufe. Im Rahmen des Roverbundesunternehmens 2008 werden die Roverinnen und Rover 101 soziale Projekte umsetzen.. Im Gegenzug dafür werden von Unternehmen zusätzliche Ausbildungsplätze für Jugendliche eingerichtet. Damit setzen sich die Roverinnen und Rover für Gleichaltrige ein, zeigen Missverhältnisse auf und nehmen gesellschaftliche Verantwortungsträgerinnen und –träger in die Pflicht.

Jugendpolitisches Netzwerk

Die Bundesversammlung hat die Bundesleitung 2007 mit der Initiierung eines Netzwerkes der kinder- und jugendpolitisch Aktiven in der DPSG beauftragt. Das Netzwerk soll zum Erfahrungs- und Informationsaustausch unter jugendpolitisch Aktiven aller Ebenen in der DPSG, zur Vorbereitung von verbandsinternen Positionierungen zu jugendpolitischen Themen sowie zur Unterstützung von verbands eigenen oder extern für die DPSG interessanten Kampagnen, Aktionen und Projekten dienen. Damit soll das Netzwerk soll zur Stärkung des kinder- und jugendpolitischen Profils seiner Mitglieder, der Bundesleitung und der DPSG insgesamt beitragen. Um folgende Themen soll es beispielsweise gehen: Beteiligung junger Menschen an politischen Prozessen, Förderung des Ehrenamtes, Bildung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen, Europäische Jugendpolitik, Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention, ...

Kritischer Konsum

Das Thema des kritischen Konsums, also des bewussten Verzehrs und Verbrauchs von Gütern, ist ein wichtiges und immer wieder aktuelles Thema in der DPSG.

Ganz konkret kann auch auf Stammesebene das Thema kritischer Konsum angegangen werden. Leitfragen dazu können folgende sein:

- Welche Produkte werden im Pfadfinder-Alltag und Alltag zu Hause konsumiert?
- Unter welchen Bedingungen werden diese produziert oder angebaut?
- Werden die Personen, die an der Produktion / am Anbau beteiligt sind, gerecht entlohnt?
- Wie hoch sind die Produktions- bzw. Anbaukosten und sind diese in richtiger Relation zum Preis im Laden?
- Woher kommen die Produkte? Haben sie weite Transportwege hinter sich? Gibt es inländische Alternativen mit kürzerem Transportweg?
- Sind die Lebensmittel, die gekauft werden, saisonal? Oder werden z.B. Erdbeeren ganzjährig gekauft?

Je nach dem wie die Antworten ausfallen, können Konsequenzen gezogen und der Kauf von bestimmten Produkten kann eingestellt bzw. auf Alternativprodukte umgestiegen werden. Das eigene politische Handeln kann durch die Veröffentlichung der Informationen, die zu dieser Entscheidung geführt haben, noch weiter gehen. So kann die Pfarrgemeinde darüber informiert werden und in ihren Gremien ebenfalls der Prozess der kritischen Auseinandersetzung angestoßen werden.

Gesellschaftliches Engagement über den Verband hinaus

Pfadfinderisches Engagement macht keinen Halt im Bezirk, der Diözese oder der Bundesebene. Vielmehr ist es ein Anliegen, sich für die Gesellschaft einzusetzen und die „Welt ein bisschen besser zu verlassen“.

Vor Ort ansetzen – lokal handeln

Kinder und Jugendliche jeder Altersstufe sind in der Lage, die Welt um sich herum mit kritischen Augen zu sehen und mit der entsprechenden Anleitung selbständig zu hinterfragen. So können durch Methoden (wie zum Beispiel der „Streife“, Passanten-Interviews), Missstände im direkten Lebensumfeld aufgedeckt und daraus Handlungen entwickelt werden. Etwa eine Stammesdemo auf dem Marktplatz für bessere Spielplätze, die Hausaufgabenhilfe durch die Mitglieder des Stammes im Asylbewerberheim, eine „Kinderdisco“ in ländlichen Gebieten, Müllsammelaktion zum Frühjahrsbeginn, Aktion zum Ausbau von Nachtbuslinien für Jugendliche, Zusammenarbeit mit ehemaligen Mitgliedern bei der Suche nach Ausbildungsplätzen, Vogelhäuschenbau und vieles mehr.

Verwendete Literatur:

- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland. Entwicklungsstand und Handlungsansätze. Verlag Bertelsmann Stiftung. Gütersloh. 2007
- Burdewick, Ingrid: Jugend–Politik–Anerkennung. Eine qualitative empirische Studie zur politischen Partizipation 11- bis 18-jähriger. Leske und Budrich Verlag. Opladen. 2003
- Deutsches Kinderhilfswerk e.V. (Hrsg.): Kinderreport Deutschland 2007. Daten, Fakten, Hintergründe. Velber Verlag. Freiburg. 2007
- Sander, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch politische Bildung. 2. Auflage. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn. 2007
- Schröder, Richard: Kinder reden mit! Beteiligung an Politik, Stadtplanung und –gestaltung. Beltz Verlag. Weinheim und Basel. 1995



 **Änderungsantrag zu Antrag 11**

Antragsteller: Bundesleitung

Antragsgegenstand: Schwerpunkt Bildungsgerechtigkeit

Die Bundesversammlung möge beschließen:

Die Bundesversammlung richtet eine Arbeitsgruppe mit Mitgliedern verschiedener Ebenen ein, die bis zur Bundesversammlung 2010 eine Auseinandersetzung in der DPSG zu Fragen der Bildungsgerechtigkeit anstößt. Der Bundesvorstand lädt dazu ein. Die Ergebnisse der Auseinandersetzung sollen in einer Positionierung der DPSG münden, die Handlungsoptionen enthält.

Nach derzeitigem Stand sollen folgende Aspekte in der Auseinandersetzung Berücksichtigung finden:

- Bildung - pfadfinderisch definiert
- Schulische Bildung, Bildungssysteme in Deutschland
- Ganztagesbetreuung
- Berufliche Ausbildung und Studium
- Gesellschaftliche Teilhabe durch Bildung – in Deutschland und weltweit
- Außerschulische Bildung und ihre Rahmenbedingungen
- Möglichkeiten und Chancen der Bildung von Kindern und Jugendlichen in den Gruppen der DPSG

(Weitere Themen sind möglich)

In diesem Zusammenhang soll möglichst in 2009 eine Fachtagung für Interessierte durchgeführt werden.

Grundlagen dieser Auseinandersetzung sind unter anderem die aktuellen Beschlüsse des Bundes der deutschen katholischen Jugend (BDKJ) und des Deutschen Bundesjugendringes (DBJR).

Begründung:

Bildung stellt heute mehr denn je in Deutschland und weltweit die Grundlage für eine positive Entwicklung junger Menschen, gesellschaftliche Teilhabe, beruflichen Erfolg, Wohlstand und damit ein glückliches Leben dar. Vor dem nachgewiesenen Hintergrund des Zusammenhangs von sozialer sowie kultureller Herkunft und Bildungschancen ist die Frage nach einem gerechten Zugang zu Bildung in den Mittelpunkt gerückt.



Drucksache 4a



Gleichzeitig beschäftigen sich viele gesellschaftliche und kirchliche Kräfte damit, Bildung im schulischen wie im außerschulischen Sinne so zu gestalten, dass damit bestmögliche Ergebnisse erzielt werden.

- In den Schulen werden Lernstandserhebungen und andere Tests durchgeführt, um Wissensstand und Kompetenzniveau vergleichbar zu machen und zu messen.
- In der außerschulischen Jugendarbeit muss immer mehr nachgewiesen und messbar belegt werden, welche Bildungsleistungen sie hervorbringt.
- In der Arbeits-, Familien-, Jugend- und Schulpolitik werden national wie auch in europäischen Zusammenhängen immer wieder neue Akzente gesetzt, die leider nicht immer aufeinander abgestimmt sind und teilweise auch unterschiedliche Ziele im Rahmen der Bildung junger Menschen verfolgen.

Die DPSG hat sich in ihrer Ordnung auf die Fahne geschrieben, dass sie als Teil der internationalen Erziehungsbewegung des Pfadfinder- und Christentums, ihren Mitgliedern Chancen zur Persönlichkeitsentwicklung zu bieten. Der Verband fördert junge Menschen. Demzufolge muss auch die DPSG den gerechten Zugang zu Bildung für alle Kinder und Jugendlichen unabhängig ihrer sozialen und kulturellen Herkunft fördern und sich für diese einsetzen.

Der Beschluss der DPSG soll Positionen von uns nahestehenden Organisationen wie BDKJ und DBJR aufgreifen und diese pfadfinderisch einordnen, bestätigen, ergänzen oder auch umformulieren, wo wir anderer Meinung sind. Wiederholungen sollen vermieden werden.

Abstimmungsergebnis	
Ja-Stimmen:	Mehrheit
Nein-Stimmen:	2
Enthaltungen:	0

»»» Antrag 12

Antragsteller: Diözesanvorstand
München und Freising

Antragsgegenstand: Verbesserung der Materialqualität der
Woodbadgesätze im Rüsthaus

Die Bundesversammlung möge beschließen:

Die Bundesversammlung möge beschließen, den Bundesvorstand zu beauftragen auf eine verbesserte Materialqualität der Woodbadgesätze im Rüsthaus hinzuwirken.

Begründung:

Im Vergleich zu Woodbadgesätzen (Halstuch, Knoten und Klötzchen) anderer Länder v.a. aus England entsprechen die Woodbadgesätze aus dem Rüsthaus einer niedrigeren Qualität. Dies trifft für die Standardvariante, als auch für die sog. „Score“ Ausgabe zu. Der Stoff der Halstücher ist rauer und die Stoffqualität ist geringer. Die aus Buchenholz hergestellten Klötzchen haben zum Teil abgebrochene Stellen und die Enden sind nicht angebrannt, sondern mit Farbe geschwärzt.

Es ist derzeit zu beobachten, dass viele Woodbadgeträger den Woodbadgesatz bei einem anderen Anbieter kaufen.

Abstimmungsergebnis	
Ja-Stimmen:	
Nein-Stimmen:	
Enthaltungen:	



Drucksache 4a



 **Antrag 13**

Antragsteller: 89. & 90. Diözesanversammlung
Diözesanverband Essen

Antragsgegenstand: Bundesversammlung 2010

Die Bundesversammlung möge beschließen:

Die Bundesversammlung 2010 findet vom 3. bis 6. Juni 2010 in der Kulturhauptstadt Europas RUHR.2010 statt, ausgerichtet vom Diözesanverband Essen.

Begründung:

Die Ausrichtung der Bundesversammlung wechselt unter den vier Regionen. Nachdem der Diözesanverband Essen die Bundesversammlung 1970 und 1992 ausgerichtet hat, ist es an der Zeit, dass der Diözesanverband Essen die Bundesversammlung erneut für die Region West ausrichtet:

- Essen und das Ruhrgebiet sind Kulturhauptstadt Europas 2010, ein zukunftsweisendes Projekt voller Chancen für die Metropole Ruhr sowie den Diözesanverband Essen mit seinen Bezirken und Stämmen. Die durch die Kampagne „move to 10“ angestrebten verbandsinternen und –externen Effekte zur Profilbildung können durch die Ausrichtung der Bundesversammlung in einer für das Ruhrgebiet sensibilisierten Öffentlichkeit ergänzt und unterstützt werden.
- Das Projekt RUHR.2010 ist von nationaler Bedeutung. Die Metropole Ruhr tritt für Deutschland als europäische Kulturhauptstadt an, der Bundesverband sollte hier präsent sein. Die nächste deutsche Kulturhauptstadt Europas wird es nicht vor 2030 geben.
- Als dichteste Kulturlandschaft Europas, drittgrößter Ballungsraum Europas und eben auch Kulturhauptstadt Europas mit 53 Städten und Gemeinden, 5,3 Millionen Menschen aus 140 Nationen und davon über 10.000 Georgspfadfindern ist das Ruhrgebiet ein unvergleichlich attraktiver Standort und lädt zu einem Besuch ein. Nicht nur im Kulturhauptstadtjahr.



Drucksache 4a



- Das Ruhrgebiet ist in besonderer Weise Ausdruck des Wandels und des Aufbruchs. Als eine der größten Industrieregionen steht es heute exemplarisch für die enormen ökonomischen, ökologischen, kulturellen, sozialen und städtebaulichen Probleme im Strukturwandel– aber auch für die erfolgreichen Ansätze zu deren Lösung. Die Projekte und Themenfelder der Kulturhauptstadt RUHR.2010 können somit ein Modell für andere Ballungszentren in Europa werden, denen ähnliche Veränderungen bevorstehen.

Eine weitere ausführlichere Begründung erfolgt

Abstimmungsergebnis	
Ja-Stimmen:	Mehrheit
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	1

»»» Antrag 14

Antragsteller: Diözesanvorstand Augsburg,

Antragsgegenstand: Überarbeitung und Fortentwicklung der Namentlichen Mitgliedermeldung (NaMi)

Die Bundesversammlung möge beschließen:

Die zentrale Datenbank zur Mitgliedererfassung (NaMi) soll bis zum Jahresende 2009 wie folgt angepasst bzw. weiterentwickelt werden.

- **Veranstaltungsmodul.**
Das Modul wird die Möglichkeit bieten anhand der Daten in NaMi Listen und Anmeldungen für Veranstaltungen auf allen Ebenen des Verbands zu erstellen und zu führen.
- **Rechte-System**
Das für NaMi 1.20 geplante Rechtesystem wird fertig gestellt.
- **Adresslisten**
In NaMi erstellte Adresslisten werden automatisch aktualisiert.
- **Gesamtverbandliche Ausbildung**
Es wird ein zusätzlicher Karteireiter geschaffen, der den Ausbildungsstand der in NaMi erfassten Mitglieder zeigt. Die ausbildende Ebene trägt und verwaltet die Eingabe. Entsprechend den Eingaben können Adresslisten zur Ausschreibung von Kursen erstellt werden.



Drucksache 4a



Begründung:

Es besteht dringender Handlungsbedarf, da durch den momentanen Stand der NaMi auf allen Ebenen der DPSG zeitliche und finanzielle Ressourcen verloren gehen. Hiervon sind hauptberufliche wie ehrenamtliche Mitarbeiter betroffen. Die dadurch entstehenden Unkosten können durch eine konsequente einmalige Umsetzung vermieden werden.

Weiter ist aus Sicht der Administratoren keine Weiterentwicklung von NaMi in Sicht. Die Behebung von Fehlern findet nicht zeitnah statt und Verbesserungsvorschläge von Mitgliedern haben kaum Chance in eine neue oder verbesserte Programmierung einzufließen.

Im Detail umfasst die Fortentwicklung folgende Vorhaben:

- **Veranstaltungsmodul**
Dieses Modul soll die Möglichkeit bieten anhand von NaMi-Daten Listen und Anmeldungen zu verschiedenen Veranstaltungen zu führen. Es war geplant, dieses Modul auch Diözesen zur Verfügung zu stellen, kam aber über eine Testversion nie hinaus. (vormals „Diözesanmodul“). Das Modul wurde mit „Passwort:blau“ getestet und bereits zu den aktuell stattfindenden Bundeslagern auf Grund der Fehlerhaftigkeit nicht weiter eingesetzt. Stattdessen musste hier von ehrenamtlicher Seite etwas völlig Neues und Unabhängiges programmiert werden.
- **Rechte-System**
Ursprünglich sollte es jedem Admin möglich sein den Leitern oder Referenten seiner Gruppierung beschränkte Zugänge freizuschalten, um Adresslisten zu erstellen oder einen Versand durchzuführen.
- **Automatische Aktualisierung der Adresslisten**
Momentan ist es nur möglich die betreffende Adressliste zu löschen und dann wieder neu anzulegen, damit die Liste mit neuen Daten geladen wird. Ursprünglich sollte dies automatisch geschehen, um wiederkehrende Adresslisten, wie z.B. für die Diözesanzeitschriften dauerhaft abzuspeichern und ständig zu nutzen.
- **Karteireiter „Ausbildungsstand“**
Es wird die Möglichkeit geschaffen in den Mitgliederdaten den aktuellen Stand der Ausbildung (einzelne Module, WBK) zu hinterlegen und anhand dieser Kriterien Adresslisten zu erstellen. Dadurch können sich Ausbildungsveranstalter viel Porto sparen und auch gezielter Werbung für Kurse machen.

Eine neue Firma ist mit der Programmierung von NaMi beauftragt, von der sich ein Programmierer mit NaMi beschäftigt. Das ist nicht genug. Fehlerbehebung und Weiterentwicklung der NaMi muss zeitnah erfolgen.

Da NaMi mittlerweile von mehreren Softwarehäusern und ehrenamtlichen Programmierern entwickelt und ausgebaut wurde, von denen jeder seinen eigenen „Daumenabdruck“ hinterlassen hat ist zu prüfen, ob es sinnvoll ist, NaMi neu zu erstellen.

Die Diözese Augsburg erklärt sich bereit, zur Unterstützung der Entwicklung einen Beitrag zu zahlen, sofern dies durch alle anderen Diözesen unterstützt und mitgetragen wird.

Abstimmungsergebnis	
Ja-Stimmen:	
Nein-Stimmen:	
Enthaltungen:	



71.
Bundesversammlung 2008
auf Burg Feuerstein

»»» Antrag 15

Antragsteller: Bundesvorstand

Antragsgegenstand: Kirchenpolitische Positionierung

Die Bundesversammlung möge beschließen:

Die Bundesversammlung beschließt die im Anhang befindliche Positionierung der DPSG:

Lebendig Kirche sein!

Was wir tun und was wir brauchen

Begründung:

Als erfolgreicher katholischer Kinder- und Jugendverband braucht die DPSG mit dem, was sie „zu bieten“ hat, nicht hinter dem Berg halten. Auch nicht in der Kirche. Angesichts der derzeitigen Entwicklungen in der Landschaft der katholischen Kirche wollen wir uns aktiv einbringen. Und wollen zugleich deutlich machen, was wir uns von Bistümern und Gemeinden, von Bischöfen und Pfarrern wünschen.

Nicht zuletzt im Blick auf den Katholikentag in Osnabrück wollen wir uns mit einer klaren Positionierung darstellen.

Abstimmungsergebnis	
Ja-Stimmen:	Mehrheit
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	2



Drucksache 4a



deutsche pfadfinderschaft sankt georg



»» Lebendig Kirche sein!

Was wir tun und was wir brauchen

In der Deutschen Pfadfinderschaft Sankt Georg (DPSG) *verwirklicht sich Kirche in einer einzigartigen, gestaltenden Art und Weise.* *) In ihren Kirchenbildern hat sie ihr Verständnis von Kirche sein beschrieben. Das bezieht sie sowohl auf ihr eigenes Kirche sein als katholischer Kinder- und Jugendverband, als auch auf ihr Verständnis von Kirche allgemein. Solche Bilder müssen mit Leben erfüllt, müssen in die Realität umgesetzt werden. Das gilt sowohl für das Leben innerhalb des Verbandes, als auch für seine Einbindung in die Gemeinden.

Das ist gerade in Zeiten des Umbruchs, manchmal des Unverständnisses und der Orientierungslosigkeit nicht immer einfach. Überall in Deutschland entstehen XXL-Pfarreien oder Pastoralverbände, Seelsorgebezirke oder Pfarreiengemeinschaften. Ob sie nun fusionieren oder sich „nur“ zusammenschließen, ob sie einen gemeinsamen Rechtsträger haben oder verschiedene Beratungsgremien. Eines ist ihnen gemein: weniger Gemeindemitglieder, weniger Priester stehen zur Verfügung, oft auch weniger Gemeinde- oder Pastoral-Referent/innen. Vielen wird mit ihren alten Gemeinden ein Stück Heimat genommen.

Ob die Konzepte auf Dauer tragen werden, ob Althergebrachtes neuen Ideen zum Leben hilft – das zu beurteilen sehen wir uns nicht in der Lage. Aber wir wollen als Verband bei all dem keine passive Rolle einnehmen. Wir wollen unsere Kirche mitgestalten! Und das nicht nur, weil wir oft unter solchen Veränderungen leiden, weil Gelder und Stellen gestrichen und viele Abläufe schwieriger werden. Im Gegenteil: wir glauben, dass in der DPSG, in den Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen ein enormes Potential steckt, Kirche lebendig sein zu lassen.

Heimat

Die DPSG bietet Kindern und Jugendlichen eine Heimat – auch im Religiösen. *Gemeinsam erschließen sie sich Zugänge zum Glauben. Leiterinnen und Leiter helfen ihnen dabei, Fragen zu stellen, Entdeckungen zu deuten und eine eigene Sprache zu finden. Dabei erfahren die Mitglieder der DPSG Unterstützung durch Kuratinnen und Kuraten.*

Was wir tun

- Diese Beheimatung, dieses Entdecken des Glaubens, die Hoffnung, das Suchen nach Formen und Ausdrücken wollen wir weiter ermöglichen. Deshalb entwickeln wir Zugänge und Methoden für Kinder und Jugendliche – und vertrauen vor allem auf das, was in ihnen selber steckt.
- Auch Leiterinnen und Leiter bleiben Lernende und Suchende. Eine gute Ausbildung – auch im spirituellen und religiösen Bereich – ist eine wichtige Voraussetzung, in die wir weiter investieren werden.

- Wir bauen auf Kuratinnen und Kuraten, die begeistert sind von ihrem Glauben und Unterstützung und Begleitung bieten. Kuratenausbildung, -treffen und –fortbildung geben ihnen Rüstzeug auf dem Weg.

Was wir brauchen

- Wir benötigen Unterstützung. Wir brauchen Räume und Freiräume zum Ausprobieren, für neue und alte Wege, für eigene Formen. Das betrifft Räume in Kirchen- und Jugendheimen – mehr aber noch die Freiheit die eine Gemeinde und ihre Mitarbeitenden geben.
- Das betrifft auch Formen des Glaubens. Wir wünschen uns kind- und jugendgerechte Gottesdienste, Wallfahrten u.a. – und bringen uns gerne ein mit dem, was wir an Ideen und Vorstellungen haben. Besonders die der Kinder und Jugendlichen selber mögen manchmal ungewöhnlich sein – und kommen doch tief aus ihnen heraus.
- Auch wenn immer mehr Frauen und Männer aus dem Verband heraus das Kuratenamt übernehmen, wollen wir nicht auf die Unterstützung und Anbindung durch Priester, Diakone, Gemeinde- und Pastoralreferent/innen verzichten. Wir setzen auf sie als Person, als ausgebildete Fachkraft und als in ihrem Dienst beauftragte der Kirche. Die Bischöfe bitten wir, Seelsorgerinnen und Seelsorger zu ermutigen und in die Lage zu versetzen, ein solches Amt zu übernehmen.

Mitverantwortung

In der DPSG erleben Kinder und Jugendliche *Gemeinschaft und übernehmen schrittweise für sich selbst und für andere Verantwortung. Die Pfadfinderbewegung zeigt einen Weg für Menschen auf, die sich nicht mit dem Erreichten zufrieden geben*, die sich einsetzen, dass unsere Gesellschaft und unsere Kirche lebenswert bleiben.

Was wir tun

- Dazu bietet die DPSG auf der Grundlage der verschiedenen Stufenpädagogiken Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit, zu selbstbewussten Menschen heranzuwachsen und sich und ihre Fähigkeiten kennen zu lernen. Im Miteinander der Gruppe entwickeln sie ihre Fertigkeiten und Kompetenzen weiter.
- Kinder und Jugendliche lernen in der DPSG, sich einzusetzen für ihre eigenen Anliegen und die der anderen. Sie wachsen auf in demokratischen Strukturen, in die sich alle einbringen und so das Miteinander gestalten können.
- Kinder und Jugendliche wachsen auf in einer doppelt internationalen Bewegung des Pfadfindens und des Christentums. In internationalen Begegnungen und in der interkulturellen Auseinandersetzung zu Hause machen sie die Erfahrungen, wie alle mit ihren eigenen Weltanschauungen, ihrem eigenen Glauben und ihren je eigenen Talenten sich einbringen können in ein großes Ganzes.

Was wir brauchen

- Diese Erfahrungen sollen Kinder und Jugendliche auch in der Kirche machen. Sie sollen erleben, dass sie mit dem, was sie mitbringen, angenommen und willkommen sind. Sie sollen erleben dürfen, dass sie vor Gott als aufrechte Menschen stehen dürfen – auch mit ihren Fragen und Zweifeln, mit ihrem Versagen und ihrer Angst, vor allem aber mit ihrer Sehnsucht und Freude, ihrer Hoffnung und Energie.
- Dazu müssen sie eingebunden sein in (Entscheidungs-)Prozesse ihrer Gemeinde. Es braucht Formen und Gelegenheiten, wie Kinder und Jugendliche sich und ihre Vorstellungen von Kirche einbringen können, wie sie ganz konkret das Leben ihrer Gemeinde mitgestalten können.

- Dazu braucht es den Austausch und das Miteinander verschiedener Vorstellungen kirchlicher Ausrichtungen. Das betrifft auch das Miteinander und die gegenseitige Wertschätzung der Generationen in der Gemeinde und die Möglichkeit, wie sie zum Tragen kommen.

Engagement

In der Tat wird Glaube lebendig. Dabei gehören die Deutung der frohen Botschaft, Gebet und Eucharistie, Zeugnis geben und Gemeinschaft leben, soziales und politisches Handeln sowie deren Reflexion zusammen. Gerade das gesellschaftliche Engagement ist uns in der Folge der Würzburger Synode wichtig. Es wird lebendig mit den Kindern und Jugendlichen, die zu uns kommen, aber auch mit ihnen gemeinsam in unsere Gesellschaft und Kirche hinein.

Was wir tun

- In den Fachbereichen der Behindertenarbeit, der Internationalen Gerechtigkeit und der Ökologie, aber auch in unseren Jahresaktionen und vielfältigen anderen Engagements setzen wir als Verband nicht nur Zeichen, sondern setzen uns ganz konkret ein. Ein Engagement, das Pfadfinderinnen und Pfadfinder auszeichnet.
- Für Kinder und Jugendliche ebenso wichtig und prägend ist das Engagement, das sie mit ihrer Gruppe vor Ort leisten. In unzähligen eigenen Aktionen, bei der Beteiligung an den großen Hilfsaktionen der Kirche, bei sozialen Aktionen in der Kommune – sie nehmen ihren Auftrag ernst, „die Welt ein wenig besser zu hinterlassen, als sie sie vorgefunden haben“ (Lord Baden-Powell).
- In diesem Kontext lernen Kinder und Jugendliche für sich selbst die Wichtigkeit des gesellschaftlichen Engagements. Nach ihrer pfadfinderischen Zeit sollen sie sich damit als mündige Bürgerinnen und Bürger in die Gesellschaft und die Kirche einbringen.

Was wir brauchen

- Dieses Engagement braucht Unterstützung. Es braucht die Lobbyarbeit von Bischöfen, Priestern und anderen Hauptamtlichen in der Kirche. Nur gemeinsam kann der Einsatz für eine bessere Welt gelingen, können Aktionen fruchten – und können Kinder und Jugendliche den Platz finden, der ihrem Engagement gebührt.
- Immer wieder kommt ein solches Engagement auch an materielle und finanzielle Grenzen. Ob es die Teilnahme am Sommerlager für Menschen mit Behinderung oder die Unterstützung unserer Partnerverbände in Afrika und Lateinamerika ist, die Durchführung eines ökologisch ausgerichteten Lagers oder die Verpflegung mit fair gehandelten Produkten – oft ist das aus „eigener Tasche“ nicht zu finanzieren.
- Vor allem aber braucht auch die ganz alltägliche Arbeit der Gruppen vor Ort einen Absicherung. In Zeiten zurückgehender Zuschüsse kirchlicher wie staatlicher Seits bauen wir darauf, dass unsere Kirche, die Bistümer und die Gemeinden, andere Akzente setzen. Jugendarbeit ist eine vielfältige Sicherung der Zukunft und der Gegenwart – für eine lebendige Kirche!

Bei allem, wofür wir stehen und was wir tun, vertrauen wir darauf, dass Gott uns nahe ist, uns unterstützt und trägt.





71.
Bundesversammlung 2008
auf Burg Feuerstein

»»» **Initiativantrag 1**

Antragsteller: Bundesleitung

Antragsgegenstand: Thesenpapier Mitbestimmung in der DPSG

Die Bundesversammlung möge beschließen:

Die Bundesversammlung möge das von der Bundesleitung vorgelegte „Thesenpapier zur Mitbestimmung in der DPSG“ der Bundesleitung beschließen.

Begründung:

Erfolgt mündlich

Anhang:

Thesenpapier

Abstimmungsergebnis	
Ja-Stimmen:	einstimmig
Nein-Stimmen:	
Enthaltungen:	



Drucksache 4b



Thesepapier zur Mitbestimmung in der Deutschen Pfadfinderschaft St. Georg

1. Einleitung

Das Thesepapier dient der Konkretisierung unserer Ordnung, schafft ein gemeinsames Verständnis von Mitbestimmung in der DPSG und stellt es dar.

Die politische Handlungsform der Mitbestimmung ist ein zentrales Element in der Kinder- und Jugendarbeit der DPSG, die sich als Verband versteht, der sich die Aufgabe gestellt hat, seine Mitglieder zu zunehmender Selbstbestimmung zu erziehen. Mitbestimmung ist als demokratischer Prozess zu verstehen, in den sich die Leiterinnen und Leiter sowie die Mitglieder der Meuten, Trupps und Roverrunden einbringen.

Die Bezeichnung „Kindermitbestimmung“ ist veraltet. Mit dem neuen Begriff „Mitbestimmung“ bringt die DPSG zum Ausdruck, dass politisches Handeln im Gruppenalltag keine alleinige Aufgabe der Kinderstufen ist, sondern alle Mitglieder betrifft.

2. Geschichte der (Kinder-)Mitbestimmung

„Der halbe Wert unserer Erziehung liegt bereits darin, Verantwortung auf junge Schultern zu legen.“ - Lord Baden-Powell, HQG, April 1910 (rep. BPO, 10)

Für Lord Baden-Powell war die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen innerhalb der Pfadfinderbewegung ein wichtiges Gründungsmotiv. Eine Erziehung zu einer selbstbestimmten, Verantwortung für sich, andere und die Gesellschaft übernehmenden Person war für ihn nur möglich, wenn man innerhalb eines geschützten Rahmens mitbestimmen und Verantwortung übernehmen kann.

1996 wurde die politische Handlungsform der Mitbestimmung in Stammesversammlung in der Satzung der DPSG aufgenommen. Eingeführt als *Kindermitbestimmung* war es das Ziel dieser Handlungsform, Kindern mehr Mitspracherecht in dem politischen Organ der Stammesversammlung zu geben. Um dieses Ziel zu unterstützen, entstand die Arbeitshilfe „Kinder können mehr“. Die Erstauflage stammt aus 1993, als sich die Kindermitbestimmung noch in der Erprobungsphase befand. 2000 und 2005 erschienen die 2. und die 3. Auflage.

2005 beschloss die Bundesversammlung die neue Ordnung des Verbandes, in der es zur Mitbestimmung heißt: *Als ein freiheitlich-demokratisch aufgebauter Verband arbeitet die DPSG mit altersgerechten Mitbestimmungsformen. Politisches Lernen findet bereits im Zusammenspiel von Groß- und Kleingruppe statt. Die Erwartungen, Bedürfnisse und Wahrnehmung Einzelner werden zusammengetragen. Gemeinsam erzielen Gruppenmitglieder eine Verständigung darüber, welche Position sie einnehmen. Aus dieser heraus entwickeln sie ihr politisches Handeln (S. 13).*

In 2007 setzten sich die Bundesarbeitskreise der Wölflings- und Jungpfadfinderstufe gemeinsam mit dieser Arbeitshilfe auseinander, um sie abermals auf einen aktuellen Stand zu bringen. In der Diskussion um die Aktualisierung der Arbeitshilfe entstand der Gedanke, dass der Begriff „Kindermitbestimmung“ ausgedient hat. In der DPSG hat sich ein politisches Verständnis entwickelt, das die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen a) an Prozessen innerhalb der Gruppe wie b) an Stammesversammlungen als gegeben betrachtet. Dieses Verständnis ist über Jahrzehnte

gewachsen und wird von den Mitgliedern des Verbandes größtenteils gelebt. Diesem Verbandsleben wollen wir Rechnung tragen.

Die in den vergangenen Jahren gewonnenen Erfahrungen zeigten, dass „Mitbestimmung“ in der DPSG zwar gelebt wird, aber in sehr unterschiedlichen Facetten und Nuancen. Ein einheitliches Verständnis von „Mitbestimmung“ besteht in der DPSG noch nicht. Viele Fragen werden nicht einheitlich beantwortet: Wie beteiligen sich Leiter und Leiterinnen? Beteiligen sie sich überhaupt? Wo verläuft die Grenze von Mitbestimmung zu Bestimmung? Welche Funktionen und Aufgaben haben die Leitungskräfte? Bei welchen Themen können und dürfen Kinder und Jugendliche in unserem Verband mitbestimmen?

Es gilt also, ein gemeinsames Verständnis von „Mitbestimmung“ zu schaffen und neue Formen der Mitbestimmung auf allen Verbandsebenen zu gestalten.

Mitbestimmung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist auch über unsere Verbandsgrenzen hinaus zu fordern und zu unterstützen. Die Welt in der wir leben wird Morgen schon die Welt der Kinder und Jugendlichen sein. Diese möchten Verantwortung für ihr Lebensumfeld und die Gesellschaft in der sie leben übernehmen.

Es ist Aufgabe von uns, als Anwälte und Anwältinnen der Kinder und Jugendlichen zum einen deren Interessen wahrzunehmen und zu vertreten, aber auch diesen den Rahmen zu schaffen, dass sie die Gesellschaft und die Kirche schon jetzt, aber auch später als erwachsene, selbstbestimmte Bürger mitgestalten können. Wir müssen ihnen zum einen also Hilfestellung im Sinne unseres Pfadfindergesetzes geben, in dem es heißt „Als Pfadfinderin, als Pfadfinder entwickle ich eine eigene Meinung und stehe für diese ein“. Aber auch zudem Vorbild zu sein, indem wir Erwachsene sagen, was wir denken, und tun, was wir sagen.

3. Definition von Mitbestimmung

„**Mitbestimmung**“ ist ein Prozess. Er erstreckt sich von der Information über den Austausch und die Entscheidung bis hin zur Übernahme der Verantwortung für die getroffene Entscheidung und zu ihrer Umsetzung.

a) Information

Die in einem Entscheidungsprozess beteiligten Personen müssen über den Gegenstand der Entscheidung umfassend informiert sein. Inhalt der Informationsphase sind: Hintergrund, Vorgeschichte, der aktuelle Stand und die möglichen Auswirkungen bzw. Konsequenzen einer Entscheidung, die man gemeinsam zu treffen hat. In der Informationsphase wird bereits die Form der Entscheidung (Mehrheitsentscheidung oder Konsens) mitgeteilt. Die Form bestimmen, sofern in der Satzung dies nicht vorgegeben ist, gegebenenfalls diejenigen, die den Rahmen der Mitbestimmung festlegen. Besonders gut muss in dieser Phase über die möglichen Konsequenzen informiert werden, damit die Mitbestimmenden für die zu treffende Entscheidung auch verantwortlich einstehen können. Es wird hinsichtlich des Gegenstands der Entscheidung ein Bezug zu der Lebenswirklichkeit der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen geschaffen.

b) Austausch

Die Austauschphase setzt voraus, dass die Mitbestimmenden Zeit hatten, sich eine erste persönliche Meinung auf Grundlage der erteilten Informationen zu bilden. Diese Meinung ist ggf. noch vorläufig. Ziel des Austausches ist es, die eigene Meinung zu benennen und zu begründen – nach dem Leitspruch „ein/e Pfadfinder/in sagt, was er/sie denkt“. Im Austausch werden die Meinungen aller Mitbestimmenden offen gelegt, dabei ist aktives Zuhören wichtig.

c) Entscheidung

In der Entscheidungsphase geht der Austausch in die Diskussion über. Im Rahmen der Diskussion setzen sich die Mitentscheidenden kritisch mit der eigenen Meinung und der

Meinung anderer auseinander. Die Diskussion stellt den Weg hin zu einer Entscheidung dar und dient der Meinungsbildung. Kinder und Jugendliche bedürfen in der Entscheidungsphase besonders der Unterstützung durch altersgerechte Methoden und Visualisierungen des inhaltlichen Gegenstands. Die Diskussion mündet in der tatsächlichen Entscheidung, die so durchgeführt wird, wie es in der Informationsphase bekannt gegeben wurde.

d) Umsetzung

Alle Mitentscheidenden übernehmen für die Umsetzung Verantwortung. Verantwortung zu übernehmen heißt, die Entscheidung sowohl nach außen (außerhalb der Gruppe) wie auch nach innen (innerhalb der Gruppe) zu vertreten. Jede/r steht für die Entscheidung ein und/oder beteiligt sich im Rahmen ihrer/seiner Möglichkeiten bei der Umsetzung.

4. Ziele von Mitbestimmung

Unser Verband bietet Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen ein Lernfeld für demokratische Strukturen und die Möglichkeit aktiven Mitgestaltens ihres Lebensumfelds.

Die Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen werden mit ihren Interessen und Bedürfnissen ernst genommen. Sie erleben sich als wichtigen Teil der Gesellschaft bzw. Kirche und erlernen politisches Handeln, indem man ihnen den Rahmen bietet, eine eigene Meinung zu entwickeln und für diese einzustehen.

Mitbestimmung innerhalb der DPSG bedeutet, dass Kinder und Erwachsene gemeinsam das Verbandsleben gestalten und dass alle Verantwortung für das Gelingen von Aktionen, aber auch von Gruppenstunden übernehmen.

Die Mitglieder unseres Verbandes erleben, dass ihre Entscheidungen Auswirkungen haben und ihre Meinung von Bedeutung ist. Sie werden so in zunehmender Selbstbestimmung zu verantwortungsvollen, mündigen Bürgern erzogen.

Mitbestimmung findet aber auch außerhalb der DPSG statt. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene gestalten ihr Lebensumfeld, die Gesellschaft und Kirche mit, indem sie das in der DPSG mit unmittelbarem Verbandsbezug Erlernte in den Alltag (Schule, Gemeinde, Pfarrei etc.) übertragen.

Mitbestimmung heißt nicht nur, Erfolg und Bestätigung zu erleben. Es bedeutet auch, mit Frustration und Enttäuschung umzugehen lernen. Eine Mehrheitsentscheidung, die entgegen der persönlichen Vorlieben ausgefallen ist, trotzdem mitzutragen und zu vertreten, kann eine große Herausforderung für Kinder und Jugendliche sein. In der DPSG lernen sie, sich dieser Herausforderung im Rahmen eines gemeinschaftlichen Miteinanders zu stellen.

5. Leitungsverständnis

- auf der Grundlage unserer Verbandsordnung -

Die Leiter und Leiterinnen nehmen die Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsene der Meuten, Trupps und Runden ernst und interessieren sich für ihre Bedürfnisse und Interessen.

Sie beziehen die Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Entscheidungsprozesse mit ein. Leiter und Leiterinnen orientieren sich an deren Interessen und Bedürfnissen. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene entscheiden in den Bereichen mit, die für sie interessant und wichtig sind.

Leiter und Leiterinnen wissen um die Fähigkeiten der Gruppenmitglieder und übergeben ihnen zunehmend mehr Verantwortung. Sie bereiten die Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen auf Entscheidungen altersgerecht vor. Das heißt: Leiterinnen und Leiter vermitteln ihnen Informationen so, dass Kinder und Jugendliche sie verstehen. Aufgrund der Information, die nicht wertend sind, wohl aber alle Konsequenzen von möglichen Entscheidungen aufzeigen, sollen sich Kinder und Jugendliche selbständig eine eigene Meinung bilden können. Eine verständliche Sprache steht dabei an erster Stelle. Daneben ist eine altersgerechte Form der Aufbereitung von Informationen wichtig. Neben Schrift und Sprache können Bilder, Skulpturen und andere kreative Ausdrücke eingesetzt werden. Sie solle es ermöglichen, dass alle an der Entscheidung Beteiligten den gleichen, für die Entscheidung erforderlichen Wissensstand haben und sie so auch Verantwortung für die getroffene Entscheidung übernehmen können.

Leiter und Leiterinnen sind offen für Rückmeldungen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Sie akzeptieren, dass ihr Verhalten offen hinterfragt wird. Dies ist die Basis für Mitbestimmung. Mitbestimmung innerhalb und auch außerhalb des Verbandes zu ermöglichen ist Aufgabe der Leiter und Leiterinnen der Kinder- und Jugendstufen, aber auch der Mandatsträger und -trägerinnen.

6. Voraussetzungen

Damit Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene eine eigene Meinung entwickeln und für diese einstehen können, mitbestimmen können, benötigen sie Hilfestellungen. Dies bedeutet, dass bestehende Rahmenbedingungen (Art der Entscheidung, Hintergrundwissen, Gesetze, Finanzen etc.) offen gelegt werden. Innerhalb dieses Rahmens können sie ihre Ideen äußern und einbringen. Um Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene für eine Sache zu begeistern, bedarf es Strukturen und Methoden, damit sie die Möglichkeit haben, das auch zu sagen, was sie denken und schließlich das zu tun, was sie sagen.

Nicht nur Transparenz ist für die Mitbestimmung wichtig, sondern auch Information und Vertrauen zueinander. Auch die Leiter und Leiterinnen müssen ihren Gruppenmitgliedern etwas zutrauen.

Mitbestimmung wird als ständiger Lernprozess für alle begriffen, der nie abgeschlossen wird.

Bei der Methodenauswahl sind Leiter und Leiterinnen kreativ und greifen auf spielerische und ganzheitliche Arbeitsformen zurück. Sie berücksichtigen das Alter und die Lebenswirklichkeit der Gruppenmitglieder und veranschaulichen Ergebnisse. Leiterinnen und Leiter führen erfassbare Entscheidungen zeitnah herbei.

7. Gruppe

Für erfolgreiche Mitbestimmung ist das Gruppenklima bzw. die Konferenzkultur ausschlaggebend.

Die Mitglieder einer Meute, eines Trupps, einer Roverrunde bzw. der Stammesversammlung nehmen die Interessen, Bedürfnisse und Meinungen der anderen ernst und respektieren diese. Ein wertschätzender Umgang ist notwendig und hilfreich. Mitbestimmung heißt, dass alle Mitglieder einer Gruppe auf der Grundlage ihrer Fähigkeiten mitentscheiden. Die Leiter und Leiterinnen sind Teil der Meute, des Trupps bzw. der Roverrunde und bringen sich verantwortungsbewusst in den Entscheidungsprozess mit ein. Bei Konferenzen wird darauf geachtet, dass den Konferenzteilnehmer/innen die Möglichkeit zur Mitbestimmung und ein hierfür förderlicher Rahmen gegeben ist.

8. Wir sind noch nicht am Ziel!

„Kinder kommen langsam, aber gewaltig...“. So begann die erste Auflage der Arbeitshilfe zur Kindermitbestimmung. Inzwischen sollte es heißen „Mitbestimmung kommt langsam, aber gewaltig...“. Folgende Ziele gilt es noch in und mit unserem Verband zu erreichen:

a) In der DPSG

Seit 1996 steht Kindermitbestimmung in der Stammesversammlung der Satzung der DPSG. Nachdem auf Bezirks-, Diözesan- und Bundesebene (z.B. MEUTerei, Vollversammlung der Pfadfinderstufe, Passwort: *b*I*a*u, up2date) Erfahrungen hinsichtlich der Mitbestimmung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen gewonnen wurden, gilt es nun auch auf diesen Ebenen die Mitbestimmung als politisches Element festzuschreiben.

Lasst uns Formen der Mitbestimmung in den nächsten Jahren entwickeln, die es ermöglichen, dass Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, entsprechend ihrer sozialen, emotionalen, spirituellen, geistigen und körperlichen Fähigkeiten noch mehr, als bisher möglich den Verband mitgestalten können!

b) In der internationalen Pfadfinderbewegung

Als Mitglied der World Organization of the Scout Movement (WOSM) setzt sich die DPSG u. a. für die aktive Mitgestaltung in Fragen der globalen Entwicklung ein. Eine Beteiligung der Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen in Form einer Mitbestimmung findet (noch) nicht statt.

Lasst uns nach Möglichkeiten der Mitbestimmung und der aktiven Mitgestaltung der Globalisierung durch Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene suchen!

c) In der Gesellschaft

Leiter und Leiterinnen der DPSG handeln auch außerverbandlich in der Gesellschaft für Kinder und Jugendliche politisch. Deswegen müssen wir bei politischen Entscheidungen und politischen Positionen immer fragen, was sie für die Kinder und Jugendlichen bedeutet und welche Auswirkungen sie auf die Kinder hat oder aber die Experten, nämlich die Kinder und Jugendlichen selbst, mit in die Entscheidungen einbeziehen.

Lasst uns inner- und außerverbandlich nach Möglichkeiten der gemeinsamen Gestaltung unserer Gesellschaft suchen und der Stimme der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen Gehör verschaffen!

d) In der katholischen Kirche

Als Christen und Christinnen übernehmen wir Verantwortung in der Kirche. Hier werden Entscheidungen getroffen und Positionen bezogen, die Kinder, Jugendliche und Erwachsene betreffen.

Als Teil der katholischen Kirche ist die DPSG, ebenso wie alle Mitglieder unseres Verbandes berechtigt, aber auch verpflichtet, das Leben innerhalb unserer kirchlichen Gemeinschaft zu gestalten.

Lasst uns für die Vision einer Kirche, in der Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene ihre Interessen vertreten und die Kirche mitgestalten können, eintreten!

»» Änderung zu Initiativantrag 2

Antragsgegenstand: Erstellungen von Konzepten zur Anpassung der Kosten bei Bundesunternehmungen

Antragssteller: Diözesanvorstand Bamberg
Diözesanvorstand Eichstätt
Diözesanvorstand Passau
Diözesanvorstand München
Diözesanvorstand Regensburg
Diözesanvorstand Augsburg
Diözesanvorstand Magdeburg
Diözesanvorstand Erfurt
Diözesanvorstand Osnabrück
Diözesanvorstand Hildesheim
Diözesanvorstand Hamburg

Die Bundesversammlung möge beschließen:

Die Bundesleitung wird beauftragt, Konzepte und Ideen zu entwickeln, wie die Teilnehmerbeiträge bei Bundesunternehmungen kostengünstig und an sozialen und rechtlichen Voraussetzungen orientiert, gestaltet werden können.

An der Bundesversammlung 2009 soll über diese Arbeit berichtet werden.

Begründung:

Alle Mitglieder des Verbandes sollen teilnehmen können und dürfen, und nicht aus finanziellen Gründen ausgeschlossen werden.

Weitere Erläuterungen erfolgen mündlich.

Abstimmungsergebnis	
Ja-Stimmen:	Mehrheit
Nein-Stimmen:	1
Enthaltungen:	1



Drucksache 4b



»»» Initiativantrag 3

Antragsgegenstand: Coca-Cola Boykott

Antragssteller: Adrian Schaffrath, Bundesreferent Roverstufe
Norbert Onkelbach, Referent Behindertenarbeit
Alexander Dannenberg,
Diözesanvorsitzender Berlin
Siegfried Riediger, Auslandsbeauftragter

Die Bundesversammlung möge beschließen:

Der auf der letzten Bundesversammlung 2007 verabschiedete Änderungsantrag 3 zu dem damaligen Antrag 16 (Verantwortung multinationaler Unternehmen ist gefordert – „Coca-Cola“ ignoriert Menschenrechte – Aufforderung zu bewussterem Konsum) wird bezüglich des Verzichtsaufrufes auf Coca-Cola Produkte so lange außer Kraft gesetzt, bis der Sachverhalt einwandfrei geklärt ist, um dann eine eindeutige Entscheidung für oder gegen einen Verzicht auf Coca-Cola Produkte zu treffen.

Begründung:

Der Antrag des vergangenen Jahres wurde nach einer emotional geführten Debatte mit nur einer Stimme Mehrheit verabschiedet. Bis heute gibt es keine eindeutigen Belege oder Beweise dafür, dass die gegenüber Coca-Cola erhobenen Vorwürfe überhaupt zutreffen. Selbst in der oft angeführten Handreichung des BDJ werden die Sachverhalte nur umschrieben („... was anscheinend vom Unternehmen toleriert wird: ...; S. 6 Abs. 3), („The Coca-Cola Company bemüht sich nicht erkennbar ausreichend ...; ebd, Abs. 4). Zudem finden sich hinreichend Seiten im Internet, die entweder die eine oder die andere Position beschreiben, Beweise für eine direkte Verquickung von Coca-Cola in paramilitärische Aktivitäten finden sich jedoch nirgendwo. Die Situation bezüglich des Grundwasserthemas in Indien stellt sich genauso dar. Hier hat Coca-Cola sogar Umweltpreise für den bewußten Umgang mit der Ressource Wasser erhalten.

Weiterhin ist anzumerken, dass eine Auseinandersetzung mit Coca-Cola direkt erst mehrere Monate nach dem Beschluss des Antrages überhaupt stattfand. Hier war auf Seiten von Coca-Cola eine große Offenheit vorhanden, die Vorwürfe zu hinterfragen, allerdings konnte der Sachstand noch nicht abschließend bewertet werden.



Drucksache 4b



Der/die Antragsteller sehen in dem Vorgehen im Fall Coca-Cola insgesamt einen Bruch mit der Tradition der Pfadfinderbewegung, nämlich die Dinge kritisch zu hinterfragen, und zwar bei beiden betroffenen Parteien, und sich erst dann eine Meinung zu bilden. Die Gefahr einer Vorverurteilung durch eine vorschnelle Übernahme von einseitigen Positionen muss verhindert werden. „Im Zweifel für den Angeklagten!“ muss auch bei den Pfadfindern meinungsleitende Prämisse sein.

Eine Auszeit bei der Umsetzung des sehr knapp beschlossenen Antrages soll die notwendige Zeit schaffen, eine reflektierte Position zu den gemachten Vorwürfen einnehmen zu können. Nur ein gekläarter Sachstand kann dann Basis für die Entscheidung sein, den Boykott fortzuführen oder aufzuheben.

Das Ziel von uns Pfadfindern, ein Bekenntnis für Menschenrechte und gegen Gewalt abzugeben, ist in Form des öffentlichen Signals in Richtung Coca-Cola erreicht worden. Nun muß es um Objektivität und die Wahrheitsfindung gehen. Alles andere würde unserem eigenen hohen Anspruch nicht gerecht werden.

Abstimmungsergebnis	
Ja-Stimmen:	
Nein-Stimmen:	
Enthaltungen:	



»»» Initiativantrag 4

Antragsgegenstand:

Durchführung einer bundesweiten Ausbildungstagung

Antragssteller: DV Mainz
DV Trier
DV Limburg
DV Rottenburg-Stuttgart

Die Bundesversammlung möge beschließen:

Die Bundesleitung wird damit beauftragt, die im Konzept zur Ausbildung der Auszubildenden vorgesehene Bundesweite Ausbildungstagung für die Verantwortlichen für die Ausbildung in den Diözesanverbänden erstmals bis zur Bundesversammlung 2009 auszurichten.

Die Ausbildungstagung wird von der AG Ausbildung (Bundesebene) vorbereitet und durchgeführt.

Begründung:

Die Ausbildungstagung ist laut Konzept vorgesehen:

Bundesweite Ausbildungstagung (aus dem Konzept zur AdA, 16.02.2006)

Die Verantwortlichen für die Ausbildung in den Diözesanverbänden (Vorstand, Hauptberufliche, Ausbildungsreferent/in, ...) treffen sich einmal im Jahr bundesweit, um Austausch und Kooperation zu gewährleisten.

Nach der Evaluation des neuen Ausbildungskonzeptes durch die AG Ausbildung und die ersten Erfahrungen in den Diözesanverbänden ist es nun an der Zeit, die regionalen Erfahrungen zu sammeln und Gelegenheit zum Austausch und zur Beratung unter den Ausbildungsverantwortlichen in den Diözesanverbänden zu haben. Insbesondere sollte sich dort mit der Frage beschäftigt werden, welche Art von Vernetzung der Modulausbildung es auch auf Bundesebene benötigt und wie diese strukturell geleistet werden kann.



Drucksache 4b



Das Angebot einer solchen Ausbildungstagung macht nur Sinn, wenn sich die Vorstände der einzelnen Diözesanverbände auch dazu verpflichten, zur Beteiligung an dieser beizutragen, also die entsprechenden Verantwortlichen dorthin zu verweisen.

Abstimmungsergebnis	
Ja-Stimmen:	Mehrheit
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	1

»» Änderung zu Initiativantrag 5

Antragsgegenstand:

Weiteres Vorgehen zum Thema „Kritischer Konsum“

Antragsteller: Diözesanvorstand Köln
Diözesanvorstand Limburg
Diözesanvorstand Mainz
Diözesanvorstand Trier
Jana Gundelach, Delegierte InGe
Anne Velder, Delegierte InGe
Adrian Schaffrath, Bundesreferent Roverstufe
Norbert Onkelbach, Referent Behindertenarbeit
Alexander Dannenberg, Diözesanvorsitzender Berlin
Siegfried Riediger, Auslandsbeauftragter

Die Bundesversammlung möge beschließen:

Der Bundesvorstand soll weiterhin mit dem Coca-Cola-Konzern im Dialog bleiben und die Anfragen der Bundesversammlung in diese Gespräche mit einbringen. Die Bundesleitung richtet eine AG ein, die zur Bundesversammlung 09 eine bestmögliche Bewertung der beanstandeten Verhaltensweisen von Coca Cola vorlegt. Sie informiert die Diözesanverbände und die Mitglieder der DPSG über Entwicklungen und Veränderungen.

Anhand dieser Bewertung soll dann die Bundesversammlung 09 ggfs. einen Beschluss über das weitere Vorgehen fassen.

Der in 07 getroffene Beschluss zum Verzicht auf Produkte der Coca Cola Company wird zunächst bis zur Bundesversammlung 09 aufrechterhalten.

Die Bundesversammlung bestärkt die Mitglieder der DPSG, ihre Macht und Verantwortung als Konsumentinnen und Konsumenten wahrzunehmen. Dies schließt ein, beim Kauf und Verkauf von Produkten auf die Arbeits- und Produktionsbedingungen zu achten. Alternativen für die sich die DPSG und katholische Jugendverbände seit langen stark machen, sind Waren aus regionaler, klein- und mittelständischer Produktion sowie Importprodukte aus dem Fairen Handel.

Die Bundesleitung wird zum Thema „Kritischer und bewusster Konsum“ eine Arbeitshilfe für ihre Mitglieder zur Verfügung stellen.



Drucksache 4b



Begründung:

Erfolgt mündlich

Abstimmungsergebnis	
Ja-Stimmen:	Mehrheit
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	3

»»» Initiativantrag 6

Antragsgegenstand: Jahresaktion 2009

Antragsteller: Bundesleitung
Peter Engels, Delegierter Behindertenarbeit
Michael Götz, Delegierter Behindertenarbeit

Die Bundesversammlung möge beschließen:

Die Bundesversammlung möge beschließen, dass die Jahresaktion im Jahr 2009 mit dem inhaltlichen Schwerpunkt Behindertenarbeit durchgeführt wird.

Ziel der Jahresaktion soll es sein, Begegnung zwischen Menschen mit und ohne Behinderung auf der Basis eines gleichberechtigten Miteinanders zu schaffen und somit die Behindertenarbeit zu einem selbstverständlichen Teil des pfadfinderischen Lebens werden zu lassen.

Ein weiteres Ziel soll es sein, unseren Mitgliedern die Auswirkungen seelischer Behinderungen insbesondere in afrikanischen Ländern näher zu bringen und somit den Blick für die geistige und seelische Gesundheit auch hier in Deutschland zu stärken.

Mit den Finanzmitteln dieser Jahresaktion sollen im Kongo Möglichkeiten geschaffen werden, seelisch behinderte Kinder zu betreuen und zu integrieren.

Begründung:

Erfolgt mündlich. Siehe dazu auch folgende Konzeption der Jahresaktion:

1. Ziele der Jahresaktion:

Primäre Zielsetzung:

- Begegnungen schaffen

Das Ziel dieser Jahresaktion ist es, vor allem Begegnungen von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung vor Ort zu schaffen. Sie sollen in einem partnerschaftlichen Miteinander den gleichberechtigten Umgang pflegen. Somit soll, wie es schon in unserer Ordnung formuliert ist, die Behindertenarbeit ein selbstverständlicher Teil des pfadfinderischen Lebens werden.



Drucksache 4b



- Sensibilisierung für das Thema „seelische Behinderung“

Kinder und Jugendliche in unseren Gruppen sollen sich bewusst mit der Thematik „Seelische und geistige Gesundheit“ auseinandersetzen. Dies soll unter anderem durch den Vergleich der Situation der Kinder und Jugendlichen im Kongo mit deutschen Kindern und Jugendlichen geschehen.

- Spendenzweck

Im Ostkongo ist aufgrund der Folgen des Bürgerkrieges die Situation gerade für Kinder und Jugendliche sehr belastend. Es gibt zahlreiche psychisch belastete Kinder und Jugendliche. Für sie gilt es Unterstützung, Betreuung und Integrationsangebote zu schaffen. Der Spendenzweck wird konkret im Beratungsprozess mit dem Bundesfachausschuss Internationale Gerechtigkeit gesucht.

Sekundäre Zielsetzung:

- der Bekanntheitsgrad der Behindertenarbeit in der DPSG soll gesteigert werden
- Ausweitung der Behindertenarbeit in den Diözesen ohne Diözesanfachausschüsse
- Fortschreiben der Behindertenarbeit in der DPSG
- Etablierung eines Netzwerkes

2. Vorbereitung der Jahresaktion:

Planung und Koordination

Wann?	Wer?	Was?
Februar/ März 2008	Bundesleitung	Beschluss über das Projekt
Frühjahr 2008	Bundesversammlung	Beschluss der Jahresaktion
anschließend	„Jahresaktionsgruppe“	Konkrete Planung der JA (siehe unten)
ganzjährig	BAK	Interne Kommunikation durch Berichte in Zeitschriften fördern
ganzjährig	BAK	Externe Kommunikation mit Partnerverbänden pflegen
September 2008	„Jahresaktionsgruppe“	Grundinformationen für Bezirks- und Diözesanvorstände
Oktober 2008	„Jahresaktionsgruppe“	Versand des JA- Heftes
7. Februar 2009	Ulrike Gerdiken, Hr. Prof. Markowitz	Fachsymposium in Freiburg
März 2009		Jugendmesse „respect“ in Duisburg
Frühjahr 2009		Präsenz auf der BV
7.-10. Mai		72- Stunden Aktion in vielen Bundesländern
Pfingsten 2009		Evtl. Kick off in Westerlo
ganzjährig	Stämme/ Bezirke/ Diözesen	Durchführung von Aktionen
2. Halbjahr 2009	Bundesamt	Konkretisierung der Hilfsleistung in Zusammenarbeit mit den Pallottinern

Konkrete Planung der Jahresaktion:

Jahresaktionsgruppe:

Die Jahresaktionsgruppe setzt sich zusammen aus dem BAK Behindertenarbeit, Interessierten aus den Diözesanarbeitskreisen Behindertenarbeit und ehemaligen Mitgliedern der DAK und des BAK. Neben den Absprachen zum Spendenzweck koordiniert die JA-Gruppe auch die Begegnungen in Deutschland.

Untergruppen der JA- Gruppe:

Jahresaktionsheft:

Bis zum Oktoberversand wird das Jahresaktionsheft fertig gestellt. Die Inhalte des Heftes werden durch einen Teil der JA- Gruppe erstellt.

Titel und Logo für die JA müssen entwickelt werden.

Das Jahresaktionsheft soll eine größtmögliche Arbeitserleichterung für die Stämme durch konkrete Inhalte und Ansprechpartner darstellen.

Merchandising:

Die Merchandising- Artikel sollen möglichst zeitnah überlegt und bestellt werden. Dies geschieht in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt.

Im Rahmen des Merchandisings soll ein JA- Bulli (Truck) angeschafft werden, der das gesamte Jahr durch die Bundesrepublik reist und damit die JA vor Ort präsent werden lässt.

Fachsymposium:

Gemeinsam mit der Katholischen Fachhochschule in Freiburg, namentlich Herrn Prof. Dr. Markowetz wird ein Fachsymposium vorbereitet und durchgeführt. Die Ergebnisse dieses Symposiums sollen im Anschluss an die Jahresaktion in einem Buch veröffentlicht werden. In diesem Zusammenhang soll parallel das Konzept des Fachbereiches Behindertenarbeit in der DPSG überarbeitet werden.

3. Umsetzungselemente:

Zurzeit sind folgende Umsetzungselemente vorgesehen:

- „Multiplikatoren“- Schulungen vor Ort
- Kick off der Jahresaktion: Pfingsten in Westernohe
- Truck- Tour: Der Jahresaktionsbus bereist Deutschland
- Jugendmesse „respect“: Teilnahme an der Jugendmesse mit Darstellung der Jahresaktion
- 72- Stunden Aktion: Evtl. Einbringen der JA in die 72- Std. Aktion
- Einbringen in Diözesan- und Bundesveranstaltungen (u.a. durch den Truck)
- ...

Abstimmungsergebnis	
Ja-Stimmen:	einstimmig
Nein-Stimmen:	
Enthaltungen:	

»»» Initiativantrag 7

Antragsteller: Bundesleitung

Antragsgegenstand: Amtszeit der Bundesvorsitzenden Ute Theisen

Die Bundesversammlung möge beschließen:

Die Amtszeit der Bundesvorsitzenden Ute Theisen beginnt am 1. Oktober 2008 und endet am 30. September 2011.

Begründung:

Erfolgt mündlich

Abstimmungsergebnis	
Ja-Stimmen:	Mehrheit
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	1



Drucksache 4b




Initiativantrag 9

Antragsgegenstand: Einrichtung einer Projektstelle Ost zur Aufbauarbeit von Pfadfindergruppen

Antragsteller: Diözesanvorstand Berlin
 Diözesanvorstand Erfurt
 Diözesanvorstand Hamburg
 Diözesanvorstand Magdeburg
 Diözesanvorstand Hildesheim
 Diözesanvorstand Osnabrück

Die Bundesversammlung möge beschließen:

Der Bundesvorstand wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Vorständen der Diözesanverbände Berlin, Erfurt, Hamburg und Magdeburg, die Rahmenbedingungen für die Einrichtung einer Projektstelle „Ost“ mit Dienstsitz in den neuen Bundesländern zu schaffen. Diese Projektstelle soll gemeinsam mit den Diözesanverbänden Berlin, Erfurt, Hamburg und Magdeburg ein Konzept entwickeln, wie die DPSG dort neue Stämme gründen kann. Dies beinhaltet eine umfassende Analyse des möglichen Potentials der Pfadfinderarbeit.

Dabei soll sich die Projektstelle perspektivisch selbst tragen und auf jeder Bundesversammlung über ihre Arbeit berichten. Nach drei Jahren wird die Notwendigkeit dieser Projektstelle durch die Bundesversammlung überprüft.

Begründung:

Aufbauarbeit ist ohne hauptberufliche Unterstützung im Osten nicht leistbar. Da in diesen Bundesländern besondere Voraussetzungen für die Pfadfinderarbeit vorliegen, ist eine Bestandsaufnahme und Koordination durch hauptberufliches Personal nötig, die in einer Unterstützung beim Aufbau von Stämmen mündet.

Gute Erfahrungen vor 12 Jahren im Diözesanverband Magdeburg mit hauptberuflicher Unterstützung von Monika Decker aus dem Bundesamt zeigen, dass eine Personalstelle in diesem Bereich sinnvoll ist.

Mit diesem Antrag wollen wir eine Perspektive für die Pfadfinderarbeit im Osten eröffnen und den Pfadfinderinnen und Pfadfinder vor Ort Sicherheit und Zukunft geben.

Abstimmungsergebnis	
Ja-Stimmen:	
Nein-Stimmen:	
Enthaltungen:	



»»» **Initiativantrag 10**

Antragsgegenstand: Zusätzliche Bundesversammlung im Jahr 2008

Antragssteller: Bundesleitung

Die Bundesversammlung möge beschließen:

Eine zusätzliche Bundesversammlung findet am 7. Dezember 2008 voraussichtlich in Frankfurt am Main statt. Ausrichter der Bundesversammlung ist die Bundesleitung.

Begründung:

Erfolgt mündlich

Abstimmungsergebnis	
Ja-Stimmen:	Mehrheit
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	1



Drucksache 4b



»»» **Initiativantrag 11**

Antragsgegenstand: Übernahme von Leitungsämtern

Antragssteller: Diözesanvorstand Limburg
Diözesanvorstand Münster
Diözesanvorstand Trier

Die Bundesversammlung möge beschließen:

Die Bundesversammlung beauftragt die Diözesanvorstände Münster und Trier Initiativgruppe einzurichten, die Schwierigkeiten und Grenzen analysieren soll, die mit der Übernahme von Leitungsämtern auf den unterschiedlichen Ebenen unseres Verbandes verbunden sind. Die Arbeitsgruppe soll darauf aufbauend sowohl Rahmenbedingungen und Modelle gelingender Ämterübernahme zusammentragen wie auch Vorschläge für praktische, inhaltliche und/oder strukturelle Konsequenzen erarbeiten. Diese sollen in einem Bericht zur Bundesversammlung 2010 vorgelegt werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich

Abstimmungsergebnis	
Ja-Stimmen:	einstimmig
Nein-Stimmen:	
Enthaltungen:	



Drucksache 4b

